



Konservative Kommentare März '22

von Peter Helmes

Liebe Leser,

an dieser Stelle veröffentliche ich regelmäßig einmal im Monat meist kritische und bissige Kommentare – aus konservativer Sicht versteht sich – zu Themen bzw. Vorgängen, die in den Medien selten oder gar nicht besprochen oder verzerrt dargestellt werden.

Ich wünsche Ihnen eine stets spannende Lektüre und freue mich über Kritik und Anregungen, die Sie mir direkt (Peter.Helmes@t-online.de) oder an Die Deutschen Konservativen (info@konservative.de) senden können.

Putins Drohung an die ganze Welt

Dieser Satz wird in die Geschichte eingehen:

„...daß die Antwort Russlands sofort erfolgen und zu Konsequenzen führen wird, die Sie in Ihrer Geschichte noch nie erlebt haben...“

(Putin 24.2.22)

Sicherheitslage und -ordnung in Europa durch Russlands Angriff auf die Ukraine dramatisch verändert

Von Peter Helmes

Im Original: Putins Drohung mit „Konsequenzen, die Sie in Ihrer Geschichte noch nie erlebt haben...“

Die Spannungen zwischen Russland und der Nato in Zusammenhang mit der Ukraine haben in den letzten Monaten immer weiter zugenommen und führten am 24.02.2022 zum Beginn militärischer Angriffe auf die Ukraine durch Russland. **Völkerrechtlich handelt es sich**

zweifelsfrei um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Inzwischen herrscht Krieg in der gesamten Ukraine.

Am 27.2.2022 hat Russland seine „Abschreckungskräfte“ in Alarmbereitschaft versetzt, dazu gehören auch Atomwaffen. Zwar war dies auch 2014 bei der Annexion der Krim geschehen, aber dieses Mal ist die Situation deutlich gefährlicher. Dabei ist jene internationale Sicherheitsordnung, die darauf abzielte, Konflikte in Kooperationen und Win-Win-Situationen umzuwandeln, streng genommen nicht erst seit dem Überfall im Februar 2022 beendet worden – sondern bereits mit der Annexion der Krim im Jahr 2014 und der russischen Politik im Donbass. „Jetzt allerdings sollte auch dem letzten klargeworden sein, daß an die Stelle von Vertrauen und vertrauensfördernden Maßnahmen generalisiertes Mißtrauen angezeigt ist“, so der Politikwissenschaftler Münkler. Mit „Worst-Case-Szenarien“ müsse fortan permanent gerechnet werden.

Diese Einschätzung teilt auch Christian Mölling von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Es werde auf absehbare Zeit keinen Unterschied mehr zwischen Krieg und Frieden geben, das zeichne die neue Sicherheitsordnung in Europa aus, sagte er im Deutschlandfunk. (02.03.2022). Es gebe nach dem russischen Angriff auf die Ukraine keine gemeinsame Grundlage mehr mit Russland. Europa müsse „eine neue Sicherheitsordnung planen, die tatsächlich ohne Russland funktioniert“.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat inmitten der Spannungen mit dem Westen wegen des Kriegs in der Ukraine die „Abschreckungskräfte“ seines Landes in Alarmbereitschaft versetzt. Das teilte er bei einem Treffen mit seinen Spitzenberatern mit. Diese sogenannten Abschreckungskräfte umfassen auch Atomwaffen.

„Aggressive Erklärungen“ und Sanktionen als Begründung

Ich weise den Verteidigungsminister und den Generalstabschef an, die Abschreckungskräfte der russischen Armee in besondere Kampfbereitschaft zu versetzen", sagte Putin in einem im Fernsehen übertragenen Gespräch mit hochrangigen Militärvertretern. NATO-Mitglieder hätten "aggressive Erklärungen" abgegeben, erklärte Putin. Damit bezieht sich der Kreml-Chef offenbar auf harte finanzielle Sanktionen gegen Russland und ihn selbst. Verteidigungsminister Sergej Schoigu und den Generalstabschef habe er angewiesen, die nuklearen Abschreckungskräfte in ein "spezielles Regime der Kampfbereitschaft" zu versetzen.

"Wie Sie sehen können, ergreifen die westlichen Länder nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht unfreundliche Maßnahmen gegen unser Land", sagte Putin. "Ich meine die illegalen Sanktionen, die jeder sehr gut kennt." Russlands Präsident hatte in den vergangenen Tagen bereits mit "furchtbaren Folgen" gedroht, sollte ein Land im Ukraine-Krieg direkt intervenieren. Seine Order bedeutet, dass russische Atomwaffen in eine erhöhte Startbereitschaft versetzt werden.

Wer auch immer versuche, Russland zu behindern, geschweige denn eine Bedrohung für das Land und Volk zu schaffen, müsse wissen, „...daß die Antwort Russlands sofort erfolgen und zu Konsequenzen führen wird, die Sie in Ihrer Geschichte noch nie erlebt haben“ (Putin 24.2.22)

Putin: „...Was den militärischen Bereich betrifft, so ist das moderne Russland sogar nach dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Verlust eines Großteils seines Potenzials heute eine der mächtigsten Nuklearmächte der Welt und verfügt darüber hinaus über bestimmte Vorteile bei

einer Reihe modernster Waffensysteme. Es sollte daher kein Zweifel daran bestehen, dass ein direkter Angriff auf unser Land zu einer Niederlage und schlimmen Konsequenzen für jeden potenziellen Angreifer führen würde. (...)"

...“Man hat uns einfach keine andere Möglichkeit gelassen, Russland und unser Volk zu verteidigen, als die, zu der wir heute greifen müssen. Die Umstände verlangen von uns entschlossenes und sofortiges Handeln. Die Volksrepubliken des Donbass haben Russland um Hilfe gebeten. In diesem Zusammenhang habe ich gemäß Kapitel 7 Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen mit Zustimmung des russischen Föderationsrates und in Umsetzung der von der Föderalen Versammlung am 22. Februar dieses Jahres ratifizierten Verträge über Freundschaft und gegenseitigen Beistand mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Luhansk die Entscheidung getroffen, eine **Sonder-Militäroperation** durchzuführen (...)

(...)Ihr Ziel ist der Schutz der Menschen, die seit acht Jahren Misshandlung und Genozid ausgesetzt sind. Und zu diesem Zweck werden wir uns um die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine bemühen und diejenigen vor Gericht stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich der Bürger der Russischen Föderation, begangen haben. (...)

...Jetzt ein paar wichtige, sehr wichtige Worte für diejenigen, bei denen die Versuchung aufkommen könnte, sich von der Seite in das Geschehen einzumischen.

WER AUCH IMMER VERSUCHT, UNS ZU BEHINDERN, GESCHWEIGE DENN EINE BEDROHUNG FÜR UNSER LAND UND UNSER VOLK ZU SCHAFFEN, MUSS WISSEN, DASS DIE ANTWORT RUSSLANDS SOFORT ERFOLGEN UND ZU KONSEQUENZEN FÜHREN WIRD, DIE SIE IN IHRER GESCHICHTE NOCH NIE ERLEBT HABEN.

Wir sind auf jede Entwicklung der Ereignisse vorbereitet. Alle notwendigen Entscheidungen wurden in dieser Hinsicht getroffen. Ich hoffe, daß ich gehört werde."

(Quelle für die Putin-Zitate: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/putin-rede-angriff-ukraine-101.html>)

Die Rede des Präsidenten enthält eine Fülle an strittigen Behauptungen. So ist nicht belegt, daß die NATO Russland versprochen hat, sich nicht auf die Staaten des früheren Warschauer Paktes auszudehnen. Auch die gezielte Schaffung eines "Anti-Russland" in den Nachbarstaaten übergeht, daß in vielen ehemaligen Sowjetrepubliken die Regierungen - anders als in Russland selbst - aus freien Wahlen hervorgingen. Die Behauptung, westliche Staaten unterstützten in der Ukraine Nationalisten und Neonazis, dreht die Tatsachen um und verdeckt die aggressiven Aktivitäten Russlands auf dem Gebiet der Ukraine seit 2014.

Der Bürgerkrieg im Osten des Landes, der bislang 13.000 Menschen das Leben gekostet hat, geht auf die nachgewiesene Unterstützung Russlands für die Separatisten in den Regionen Donezk und Luhansk zurück, die vollständig von Russland abhängen. Von einem Genozid kann insofern keine Rede sein.

Nicht zuletzt diese Drohung Wladimir Putins in Richtung des Auslands hat der Welt vor Augen geführt, dass die tragenden Säulen der bislang geltenden Nachkriegsordnung (Gewaltlosigkeit, Unverletzlichkeit der Grenzen und Selbstbestimmung) mindestens stark

beschädigt sind. Putins späterer Schritt, die russischen Atomstreitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft zu versetzen, tut da ein Übriges.

Das Ende der Freiheit russischer Medien

Von Peter Helmes

Die Wahrheit stirbt zuerst

Es ist eine alte Weisheit, die jeder kennt, der Kriegsverläufe beobachtet: *Zuerst stirbt die Wahrheit!* Das erleben wir derzeit hautnah in Russland, Belarus und in der Ukraine. Und die zweite Wahrheit folgt der ersten auf den Fuß: *Die Geschichte schreiben die Sieger.* Auch dies werden wir erleben, die ersten Anzeichen sind schon zu erkennen.

Um diese „Wahrheiten“ zu steuern, greift der großrussische Diktator Putin zu einem bekannten Werkzeug: Zensur! Es darf nur berichtet werden, was dem Kreml zusagt. Wer dagegen verstößt, muß mit dem gesamten Instrumentarium diktatorischer Potentaten rechnen: Haft, Straflager, Berufsverbot, Beschlagnahme von privatem Hab und Gut, für Fremde: Ausweisung aus dem Land, usw. – ein Arsenal der Grausamkeiten.

Eine freie Berichterstattung ist nunmehr weder in Russland noch in den von Putin kontrollierten Gebieten möglich. Der Zar gibt die Meldung vor, ein Entrinnen ist unmöglich. Daß viele Meldungen „getürkt“ sind, nicht der Wahrheit entsprechen oder eine „andere Wahrheit“ darstellen – geschenkt!

Putin benutzt den Krieg gegen die Ukraine, um den letzten noch verbliebenen unabhängigen und kritischen Medien das Arbeiten unmöglich zu machen. Das ist eine beunruhigende, aber keineswegs überraschende Entwicklung. Russland versucht nicht einmal mehr, den Anschein aufrechtzuerhalten, daß die Pressefreiheit noch einigermaßen respektiert wird.

Das neue Mediengesetz unterbindet jegliche Kritik am russischen Krieg und ist absolut nicht zu akzeptieren. Ein (typisches) Beispiel gefällig? Die russische(!) Zeitung NOWAJA GASETA mußte auf Druck der Behörden aus ihren Texten Informationen zu Russlands Militäraktionen in der Ukraine entfernen. Es geht um das Wort Krieg. Die Redakteure machen sich keine Illusionen. So heißt es in ihrem Kommentar:

„Wir stehen vor einem Scherbenhaufen. Wir werden jetzt in einem Land leben, in dem jene im Trend liegen, die mit dem Propaganda-Apparat zusammenarbeiten. Und wie sollen die Andersdenkenden leben? Ohne Medien, ohne soziale Netzwerke, mit geschlossenen Grenzen? Mit der Androhung von Gefängnis für ein Wort, das wir ganz einfach aussprechen müssen? Wie werden wir weiter für das Russland kämpfen, das wir sehen wollen, das, wie Katharina die Große einst sagte, eine ‚europäische Macht‘ ist? Auf so viele Fragen gibt es noch keine Antworten. Wir werden nach Antworten suchen...“

Zuerst hat Putin Russland zu einer Diktatur gemacht. Nun werden auch die verbliebenen Luftlöcher geschlossen. Die Repression gegen die, die gegen den Krieg protestieren wollen – oder einfach die Tatsache aussprechen, daß Krieg herrscht – hat dramatisch zugenommen. Mehrere unabhängige russische Medien sind geschlossen worden. Facebook wurde blockiert.

In diesem Zusammenhang erläutert die schon erwähnte „Nowaja Gaseta“ am 8.3.22 auch, warum der Großteil der russischen Bevölkerung die Wahrheit über die Vorgänge in der

Ukraine nicht kennt: *„Die Menschen wiederholen meist die Meinungen aus dem Fernsehen. Die Erzählung von der Verteidigung des Vaterlandes, die ununterbrochen von den Propagandakanälen verbreitet wird, nimmt ihnen offenbar die Fähigkeit das Geschehen kritisch zu beurteilen. Noch nie war es schwieriger, die Menschen zweifeln zu lassen. In Russland gilt: Wahrheit ist, was dem König dient, und alles andere ist Lüge und Verbrechen. Aber wie stark die Behörden den Informationsfluss auch reglementieren, früher oder später werden andere Zeiten kommen.“*

Lange schon war Russland ein autoritär regiertes Land, in dem die Pressefreiheit unter Druck stand. Durch den Krieg gegen die Ukraine wurde es zu einem totalitären Staat, in dem nur noch eine Stimme ertönen darf: Putins russischer Nationalismus.

Präsident Putin, der den Zusammenbruch der Sowjetunion als „Tragödie“ bezeichnet, hat Angst vor der Macht der Wahrheit. Die Angriffe auf den Fernsehturm in Kiew und auf ein britisches Fernsehteam in der Ukraine sind Beleg dafür, daß dem Kreml bewußt ist: **Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen.** Die internationale Gemeinschaft muß Russlands diktatorische Politik stoppen!

Lassen wir uns nicht täuschen: Bemühungen, Fluchtkorridore für Zivilisten aus ukrainischen Städten einrichten zu wollen, sind zu begrüßen, aber sind nicht auf Dauer angelegt. Denn Eines ist klar: Danach wird Putin die Feuerkraft wohl massiv erhöhen.

Darauf deuten zwei Einträge in seinem Lebenslauf hin: Im zweiten Tschetschenien-Krieg (1999) rief Moskau die Zivilisten auf, Grosny zu verlassen. Wenig später wurde die Stadt flächendeckend bombardiert. Ähnliches ereignete sich 2016 in Syrien, als Russlands Armee die Rebellenhochburg Aleppo mit einem Bombenteppich überzog. Kann die Zivilbevölkerung sicher abziehen, haben Russlands Truppen freie Bahn.

Doch es ist zu früh – oder gar illusionär – auf „Erlösung“ vom Übel Putin zu hoffen. Bislang ist kein echter Gegner für den russischen Präsidenten im Kreml zu sehen. Auch eine Revolte der Oligarchen scheint nicht sehr wahrscheinlich, selbst wenn die Sanktionen hart sind. Und daß das russische Volk seines Tyrannen überdrüssig wird und einen Aufstand wagt, ist wohl eher Wunschdenken denn Realismus.

Ich habe Zweifel, ob der russische Präsident sich jemals vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag rechtfertigen muß; denn die Anklageerhebung ist in der Regel ein langwieriger Prozeß. Ob das Gericht Putin für solche Verbrechen für schuldig befindet, bleibt abzuwarten. Was jedoch die Angriffe auf Zivilisten in der Ukraine betrifft, so besteht kaum ein Zweifel daran, daß Russland Blut an seinen Händen hat.

Putin spielt um alles. Er ist bereit, auch andere in seinen Krieg zu verwickeln.

Das gibt der russische Präsident deutlich zu verstehen, und in dieser Sache kann man ihm glauben: ‚Wenn ich schon verlieren muß, dann sollen alle verlieren.‘ Die Erfahrungen der Menschen in Kiew könnten schnell auch unsere werden.

Es scheint immer deutlicher zu werden: Sobald der Landkrieg scheitert, wird die Antwort sein, dasselbe zu tun, was Russland einst in Tschetschenien und Syrien getan hat – einfach solange bombardieren, bis nichts mehr übrig ist.

Deshalb wäre es richtig und konsequent, die Nato aufzufordern, die Ukraine bei der Durchsetzung einer Flugverbotszone über ukrainischem Luftraum zu unterstützen. Sollte das

westliche Verteidigungsbündnis dies ablehnen, sollte die Ukraine weitere Waffen erhalten, nämlich Kampfjets, Hubschrauber, Drohnen und wirksame Luftabwehrsysteme. Die Nato-Mitgliedsstaaten könnten auch die Vorkehrungen treffen, damit deren Piloten als Teil einer internationalen Einsatztruppe unter ukrainischer Einsatzleitung die zivile Infrastruktur des Landes schützen. Russlands Kriegsverbrechen an der ukrainischen Bevölkerung müssen ohne weitere Verzögerung gestoppt werden.

Ja, ich weiß, die Nato-Staaten können zwar keine Flugverbotszone verhängen; denn das würde sie in einen direkten Konflikt mit Russland verwickeln und damit den Krieg ausweiten. Aber sie können und müssen der Ukraine Panzer-, Flugzeug- und Schiffsabwehrwaffen liefern. Außerdem ist es von entscheidender Bedeutung, die Streitkräfte an der Ostflanke der Nato, in Polen, Rumänien, der Slowakei und den baltischen Staaten, noch weiter zu verstärken.

Zuerst hat Putin Russland zu einer Diktatur gemacht. Nun werden auch die verbliebenen Luftlöcher geschlossen. Die Repression gegen die, die gegen den Krieg protestieren wollen – oder einfach die Tatsache aussprechen, daß Krieg herrscht – hat dramatisch zugenommen. Mehrere unabhängige russische Medien sind geschlossen worden. Facebook wurde blockiert. Putins Russland ist ein neues Nordkorea. Totalitär, isoliert, verarmt.

Es ist zwar kein Trost, aber die Hoffnung stirbt zuletzt: Auch der grausamste Krieg endet mit einem Friedensabkommen oder zumindest mit einem Waffenstillstand, der auf der Schaffung eines Auswegs aufbaut.

Jedes Zugeständnis an Putin wird ihn in seinem Streben nach Rückeroberung des sowjetischen Machtbereichs ermutigen. Der sicherste Ausweg wäre die Absetzung Putins. Aber das ist etwas, was nur in Moskau erledigt werden kann. Nicht nur von engagierten demokratischen Bürgern, sondern auch von den Oligarchen und den Kräften, die von der Öffnung zur Welt, die Putin gerade beerdigt hat, profitiert haben.

Putins Russland ist ein neues Nordkorea. Totalitär, isoliert, verarmt.

Die Energiebrücke von Putins Gnaden

Von René Höltzsch, Berlin, Gerald Hosp)*

Die stark gestiegenen Erdgas- und Strompreise in Europa haben die Politik aufgeschreckt. Der Ukraine-Konflikt führt zudem besonders Deutschland vor Augen, wie abhängig seine Energiewende von russischem Erdgas ist.

Mallnow liegt in Ostdeutschland an der Grenze zu Polen und ist für seine üppige Natur bekannt: Adonisröschen, Österreichischer Lein, Sibirische Glockenblumen und Wiesensalbei sind der Stolz der beschaulichen Ortschaft. Seit einigen Monaten aber ist Mallnow aus einem ganz anderen Grund zu internationaler, wenn nicht weltpolitischer Bedeutung aufgestiegen: Im Grenzzort fließt über eine Verdichterstation russisches Erdgas in das deutsche Netz.

Die hier eintreffende Jamal-Pipeline ist einer der drei Hauptstränge, über die Russland Erdgas nach Europa liefert. Für Gasexperten ist es zur Routine geworden, die täglichen Gasflüsse über Mallnow zu beobachten, seit die Erdgaspreise auch wegen knapper russischer Lieferungen in die Höhe geklettert sind.

Dreht Moskau am Gashahn?

Am 21. Dezember passierte in Mallnow etwas für die kalte Jahreszeit Ungewöhnliches: Erdgas floß entgegen der üblichen Richtung von Westen nach Polen, was sich seitdem an den meisten Tagen fortsetzte. Zugleich schoß im Dezember der europäische Großhandelspreis auf einen Rekordwert von 166 Euro pro Megawattstunde. Ein Grund dafür könnten gefallene Temperaturen in Russland gewesen sein, auch könnte aufgrund des hohen Preises die Nachfrage gesunken sein.

Während der vergangenen Monate drängte sich aber ein weiterer Gedanke auf: Dreht Russland am Erdgashahn, um Europa die Abhängigkeit von russischem Gas vor Augen zu führen? Fatih Birol, der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA), ist im Gespräch der Überzeugung, es sei ein strategisches Verhalten Russlands, weniger Gas als sonst zu liefern. Dies heißt, daß Moskau angesichts geopolitischer Spannungen um die Ukraine die Energiekrise in Europa verstärkt.

Dies bringt vor allem Deutschland in eine fragile Lage: Einerseits will die Ampelregierung die Energie- und Klimawende vorantreiben wie bisher keine der Vorgängerregierungen. Hierzu braucht sie Erdgas als „Brückentechnologie“, will sie nicht kalte Wohnungen und stillstehende Fabriken riskieren. Andererseits könnten im Falle eines russischen Angriffs auf die Ukraine die russischen Gaslieferungen stocken oder ganz unterbleiben, sei es infolge westlicher Sanktionen gegen Russland oder russischer Gegensanktionen.

Ist Deutschland damit auf Gedeih und Verderb von Russland abhängig? Zur Einschätzung ist ein Blick auf ein paar Zahlen nötig. 2021 wurden laut der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, einem Verein von Energiewirtschaftsverbänden und Forschungsinstituten, fast 27 Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs mit Erdgas gedeckt.

Höher war der Anteil von Mineralöl mit rund 32 Prozent. Der Beitrag der erneuerbaren Energien betrug 16 Prozent. Ihr Anteil ist sogar leicht gesunken, weil die Stromeinspeisung aus Windenergieanlagen witterungsbedingt geringer war als im Vorjahr. Kompensiert wurde dies vor allem durch Kohlestrom, der durch den Preisanstieg anderer Energieträger wieder wettbewerbsfähiger wurde.

Dieser Energiemix macht klar, warum der grüne Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck bei der Präsentation seiner „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ Mitte Januar von einer „gigantischen Aufgabe“ gesprochen hat: Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden, also auf den Einsatz von fossilen Energieträgern ganz verzichten. Zudem ist der Ausstieg aus der Atomkraft schon fast abgeschlossen. Beides wurde bereits in der Ära Merkel beschlossen, doch die Ampelregierung will die Umsetzung der Klimapolitik forcieren – und sie muß sie konkretisieren.

Umsetzung der Energiewende

Der deutsche Ausstieg aus den konventionellen Energieträgern Kernkraft, Kohle und fossiles Gas soll in drei Schritten erfolgen. Erstens werden per Ende dieses Jahres wie geplant die letzten drei Kernkraftwerke abgeschaltet. Zweitens will die Regierung den Kohleausstieg, der bisher bis 2038 geplant war, beschleunigen und „idealerweise“ 2030 abschließen. In einem dritten Schritt soll der Ausstieg aus der Erdgasnutzung folgen, wozu der Einsatz von Gas zur Stromerzeugung graduell reduziert und teilweise durch grünen Wasserstoff ersetzt werden soll. „Grün“ ist Wasserstoff, wenn er mit erneuerbaren Energien erzeugt worden ist.

Zur Umsetzung dieses Plans will die „Ampel“ zum einen den Energieverbrauch senken und zum anderen den Einsatz erneuerbarer Energien, namentlich der Wind- und Solarenergie,

massiv ausbauen. Zur Erreichung der Klimaziele müsse der Endenergieverbrauch bis 2030 um 20 bis 25 Prozent gesenkt werden, heißt es in der Eröffnungsbilanz.

2021: vorläufiger Wert; 2030: Ziel laut Koalitionsvertrag, Jahre 22–29: Interpolation
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz / Arbeitsgruppe Erneuerbare EnergienNZZ / mpa.

Auch wenn der Energieverbrauch insgesamt zurückgehen soll, wird die Stromnutzung wegen der sogenannten Sektorkoppelung steigen: Um auch in Sektoren wie Gebäude, Verkehr und Industrie den Treibhausgasausstoß zu senken, müssen fossile Energieträger durch Strom aus erneuerbaren Energien abgelöst werden. Ein Beispiel dafür ist der Umstieg vom Verbrennungsmotor auf den Elektroantrieb bei Autos. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch soll von rund 43 Prozent im vergangenen Jahr auf 80 Prozent im Jahr 2030 fast verdoppelt werden.

Damit besteht eine doppelte Herausforderung: Die Stromerzeugung muß erhöht werden und zugleich stärker mit erneuerbaren Energien erfolgen.

Die erwähnte Eröffnungsbilanz geht davon aus, daß der jährliche Stromverbrauch Deutschlands von rund 560 Milliarden Kilowattstunden (kWh) im Jahr 2021 auf etwa 680 bis 750 Mrd. kWh im Jahr 2030 steigen wird. Um gleichzeitig den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch auf 80 Prozent zu erhöhen, müsse die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von derzeit knapp 240 Mrd. kWh pro Jahr um 120 bis 150 Prozent auf 544 bis 600 Mrd. kWh aufgestockt werden.

Hierzu sieht die „Ampel“ einen massiven Ausbau der Wind- und Solarenergie vor, vorangetrieben unter anderem durch den CO₂-Preis, gesetzliche Vorgaben für die Nutzung von Dachflächen und eine beschleunigte Bewilligung von Windkraftanlagen. Das Ziel sei extrem ambitioniert, aber technologisch erreichbar, sagt die Ökonomin und „Wirtschaftsweise“ Veronika Grimm. Ansetzen müsse man vor allem bei der Akzeptanz und bei einer Beschleunigung der Genehmigungs- und Planungsverfahren. Zudem müsse Deutschland Synergieeffekte mit europäischen Nachbarn heben, die zum Teil hervorragende Standorte für die Erzeugung erneuerbarer Energien hätten.

Der Erdgaskonsum steigt

Gelingt die Umsetzung, wird die Abhängigkeit von Mineralöl- und Erdgasimporten sinken und längerfristig verschwinden. In einer Übergangszeit aber werden Gaskraftwerke als sogenannte Brückentechnologie sogar an Bedeutung gewinnen. Denn der Ausbau der erneuerbaren Energien allein wird den Kohleausstieg bis 2030 nicht sicherstellen, und grüner Wasserstoff dürfte in diesem Jahrzehnt längst nicht im nötigen Umfang bereitstehen. Deshalb sieht die Regierung die Errichtung moderner Gaskraftwerke vor, die später statt mit Erdgas mit Wasserstoff betrieben werden können. Bis zur Umstellung stoßen sie zwar CO₂ aus, aber weniger als Kohlekraftwerke.

Wie viel zusätzliche Kapazität an Gaskraftwerken gebraucht wird, ist unklar. Das energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln ist in einer Analyse zu dem Schluß gekommen, daß ein Kohleausstieg bis 2030 unter anderem einen Zubau neuer wasserstofffähiger Gaskraftwerke mit einer installierten Leistung von 23 Gigawatt bis 2030 nötig mache. Zum Vergleich: Die installierte Leistung aller bestehenden deutschen Gaskraftwerke erreicht laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) rund 30 Gigawatt.

Benötigt werden die wasserstofffähigen Gaskraftwerke vor allem als Back-up: Ihre Produktion könnte in Zeiten, in denen der Strombedarf hoch ist, aber die Sonne wenig scheint und wenig Wind weht, rasch hochgefahren werden. Das heißt: Es wird zwar viel mehr Gaskraftwerke brauchen, aber weil diese zunehmend nur in Spitzenzeiten laufen, wird der Gasbedarf nicht im selben Ausmaß steigen.

Von Russland abhängig

Gleichwohl bleibt Deutschland damit von russischem Erdgas abhängig, bis der Umstieg auf erneuerbare Energien diese Abhängigkeit beseitigen und zugleich die Energiepreise entlasten wird. Zur Abhilfe auf einen „Ausstieg aus dem Atomausstieg“ zu setzen, ist aus politischen, rechtlichen und technischen Gründen zumindest mittelfristig wohl illusorisch.

Deutschland bezieht laut Angaben des Wirtschaftsministeriums Erdgas zu rund 55 Prozent aus Russland. Die anderen beiden Hauptlieferanten sind Norwegen und die Niederlande.

Russland ist Deutschlands Hauptlieferant von Gas

Herkunftsländer des über Pipelines importierten Erdgases (2020, Anteile in %)

Russland: 55,1

Norwegen: 30,6

Niederlande: 12,7

übriges Europa: 1,6

(Quelle: BPNZZ / Ht.)

Wie verletzlich das Deutschland macht, zeigt das vergangene Jahr: Eine lange Kälteperiode im Winter 2020/21 führte dazu, daß die Erdgasspeicher im Sommer später als sonst üblich aufgefüllt werden konnten. Weil die Nachfrage nach Erdgas in der warmen Jahreszeit geringer ist als im Winter, werden die Sommer jeweils für die Wiederauffüllung der Erdgasspeicher genutzt.

Gleichzeitig herrschte 2021 in Teilen Europas im Sommer lange eine ungewöhnliche Windflaute, was die Produktion von Windstrom beeinträchtigte und die Nachfrage nach Erdgas noch mehr anheizte. Manche Stromerzeuger wechselten auf Kohle, wodurch auch der Preis für diese Stromquelle stieg. Zudem setzte der Preis für Emissionszertifikate in der EU seinen Trend nach oben fort. Es braute sich ein „perfekter Sturm“ am Energiemarkt zusammen.

In der EU sind zudem die Strompreise häufig an die Gasnutzung gekoppelt: Der Großhandelspreis für Elektrizität spiegelt den Preis der letzten Stromeinheit, die an den Markt gebracht wird. Oft handelt es sich dabei um Gaskraftwerke, die eingeschaltet werden, um Nachfrageschwankungen auszugleichen. Deshalb gehen auch die Strompreise in die Höhe, wenn die Gaspreise steigen.

Auch eine soziale Frage

Grimm warnt allerdings davor, sich von alldem vom eingeschlagenen Weg im Klimaschutz abbringen zu lassen. Würde man jetzt die Pläne für die CO₂-Bepreisung reduzieren, würde dies Unsicherheit verursachen bei privaten Investoren, die in klimaneutrale Produktionsverfahren investieren wollten, gibt sie zu bedenken.

Stattdessen plädiert sie für eine Entlastung der Stromverbraucher auf andere Weise: Man hätte schon längst die EEG-Umlage (Zuschlag auf dem Strompreis zur Finanzierung der Förderung erneuerbarer Energien) abschaffen und die Stromsteuer auf das EU-Minimum absenken

sollen, wie es die Wirtschaftsweisen und auch verschiedene andere Expertengremien vorgeschlagen hätten.

Aufgrund der gegenwärtigen Situation müsse man jetzt vielleicht sogar an weitere Entlastungen denken, aber nur für besonders belastete Einkommensgruppen und unter Umständen für besonders betroffene Unternehmen, sagt Grimm. Derweil arbeitet die deutsche Regierung an Plänen, die für Anfang 2023 geplante Abschaffung der EEG-Umlage auf Mitte Jahr vorzuziehen.

Energetische Achillesferse

Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise geht derzeit eine Heerschar von Analytikern der Frage nach, was kurzfristig passiert, falls kein russisches Erdgas mehr nach Europa flösse.

Die Antwort darauf ist auch wichtig für eine längerfristige Betrachtung: Zwar sind die bestehenden Erdgasspeicher in der EU und auch in Deutschland mit einem Füllstand von rund 34 Prozent so leer wie schon lange nicht mehr zu dieser Jahreszeit. Es herrscht aber Übereinstimmung, daß damit noch rund sechs Wochen eines Totalausfalls russischer Lieferungen überbrückt werden könnten.

Damit wäre wohl die brenzligste Zeit des Winters überwunden. Jedoch müssen dann bereits die Speicher wieder für den Winter 2022/23 gefüllt werden. Das könnte schwierig und teuer werden, falls eine Blockade länger anhielte. Europa müßte rund einen Drittel des Gasbedarfs aus neuen Quellen decken. Viele Beobachter gehen allerdings davon aus, daß Moskau nicht alle Lieferungen stoppen würde, sondern vor allem diejenigen, die über die Ukraine fließen. Diese Mengen entsprechen derzeit rund einem Viertel bis zu einem Drittel der gesamten russischen Gasausfuhren nach Europa.

Geopolitik mit Gas

Wie sehr Pipelines und Erdgas ein geopolitischer Zankapfel sind, zeigt die Saga um die Ostseeröhre Nord Stream 2, die Gas unter Umgehung der Ukraine direkt von Russland nach Deutschland bringen soll. Für die Ukraine sind aber russische Gasflüsse eine geopolitische Lebensversicherung: Solange das Land eine wichtige Transitroute für das Erdgas in den Westen bleibe, sei es vor einer russischen Aggression geschützt, lautet die Argumentation in Kiew.

Berlin pochte lange – zum Mißfallen der Ukraine, der USA und anderer EU-Mitglieder – lange darauf, daß das Projekt rein kommerziell sei. (Den Namen der Pipeline nahm er auch bei seinem Besuch beim amerikanischen Präsidenten Joe Biden nicht in den Mund.) Inzwischen hat Bundeskanzler Olaf Scholz seine Haltung radikal geändert und ein Aus für Nord Stream 2 beschlossen.

LNG entlastet Europa

Prinzipiell ist Europa in der komfortablen Lage, mit Russland die weltgrößte Tankstelle vor seiner Haustür zu haben. Doch welche Alternativen gibt es im Falle von Problemen mit russischen Lieferungen? Weil in den nächsten Jahren die heimische Förderung voraussichtlich stärker sinken wird als die Gasnachfrage, muß die EU anteilmäßig mehr importieren. Ob Biogas tatsächlich in so großen Mengen vorhanden sein wird wie in so manchen Projektionen, ist fraglich. Und die Kapazitäten für Pipelinegas aus Norwegen und Algerien können nur beschränkt erhöht werden.

Erweitert haben sich die Optionen mit dem Aufkommen von verflüssigtem Erdgas (LNG). Über den LNG-Markt ist Europa mit Asien, Australien, Lateinamerika und den USA verbunden. Über die letzten Jahre haben sich laut der Energieberatung Wood Mackenzie die LNG-Importe der EU verdoppelt und machten 2021 rund ein Fünftel aller Einfuhrmengen aus, wobei auch aus Russland LNG eingeführt wird. Neben dem milden Wetter hat vor allem verflüssigtes Erdgas aus den Vereinigten Staaten für einige Entspannung am Gasmarkt gesorgt.

Üblicherweise kommt LNG per Tanker nach Europa, wenn in Asien die Nachfrage nachläßt oder der europäische Gaspreis hoch ist. Dies ist derzeit der Fall. Auf längere Sicht stehen die Europäer aber in Konkurrenz zu China und anderen asiatischen Ländern, die ebenfalls Kohle durch Gas ersetzen und ihren Energiehunger stillen möchten.

Langfristige Bindungen

In der EU sind in den vergangenen Jahren große LNG-Kapazitäten entstanden. So sind die LNG-Speicher derzeit trotz Rekordimporten nur zur Hälfte voll. Die Anlagen sind aber unterschiedlich verteilt: Auf deutschem Boden gibt es noch keinen einzigen LNG-Terminal, das LNG muß über Terminals in anderen europäischen Staaten eingeführt werden. Um sich mehr verflüssigtes Erdgas zu sichern, können entweder am sogenannten Spotmarkt kurzfristig Gasmengen gekauft oder langfristige Lieferverträge abgeschlossen werden. Die meisten Produzenten fordern solche Verträge, bevor sie riesige Investitionen in die Förderung tätigen.

Die Liberalisierung des EU-Gasmarktes hatte unter anderem zum Ziel, langfristige Lieferverträge von Gazprom zurückzudrängen, die kostspielig sein können. Dies gelang ein Stück weit. In den vergangenen Jahren waren die Großhandelspreise am Spotmarkt in Europa auch niedrig. Im vergangenen Jahr änderte sich dies. Der russische Präsident Wladimir Putin höhnte deshalb, die hohen Preise am Gasmarkt seien zum Teil darauf zurückzuführen, daß die EU-Länder Langfristverträge verteuert hätten, die jetzt aber wohl günstiger wären. Wie die LNG-Produzenten bevorzugt auch Gazprom langfristige Verträge, wenn es um neue Investitionen geht.

Europäische Abnehmer scheuen indessen vor langfristigen Bindungen zurück – auch wegen der Unsicherheit über die künftige Gasnachfrage. Zwar peilt die EU-Klimapolitik für 2050 Klimaneutralität an, doch fehlt ein pragmatischer Plan für den Übergang – damit fehlt Planungssicherheit.

Zielkonflikte statt Dividende

Gleichwohl haben die EU-Mitglieder im Ringen mit Moskau und Gazprom über die Jahre einiges erreicht. Mit dem Ausbau der LNG-Terminals wurde die Diversifizierung der Quellen ausgebaut, zudem verbesserten sich die Verbundenheit des Gasnetzwerkes und die Vielfalt an Lieferwegen.

Andere Projekte scheiterten: Das von der EU forcierte Erdgaspipeline-Projekt Nabucco mißlang. Der Gaslieferant Aserbaidschan entschied sich für das kleiner dimensionierte Konkurrenzprojekt TAP von Griechenland nach Italien und die türkische Röhre Tanap. Pläne, Erdgas aus Turkmenistan, dem Irak oder Iran zu beziehen, sind im Sand verlaufen. Die Erdgasprojekte im östlichen Mittelmeer müssen erst noch realisiert werden. Die Vorhaben illustrieren aber, daß Gas aus Russland gegen Gas getauscht würde, das auch nicht aus „lupenreinen Demokratien“ kommt. Zudem würde die Position der Türkei als Transitland gestärkt.

Die Turbulenzen am Erdgasmarkt zeigen, daß die Vorstellung, die Energiewende bringe eine geopolitische Dividende, zumindest kurz- und mittelfristig naiv ist. Für eine Übergangszeit ist das Gegenteil der Fall. Der IEA-Chef Birol meint aber, die Preissteigerungen am Erdgas- und Strommarkt hätten nichts mit der Klimapolitik zu tun. Es sei eine Gasmarktkrise. Abhilfe brächten mehr Investitionen in Solar- und Windenergie.

Der französische Energieexperte Thierry Bros von der Pariser Sciences Po widerspricht: „Die Unterbrüche bei der Produktion von Wind- und Solarkraft erhöhen die Schwankungen des Strompreises.“ Bros sieht eine zu dogmatische Energiepolitik: „Wir schwächen uns selbst, wenn wir nur mehr in erneuerbare Energien investieren. Wir sollten offen sein für alle Energieformen außer für Kohle. Wenn Atomkraft in Deutschland und in anderen Ländern heruntergefahren wird und Erdgas aus Russland schlecht ist, dann werden wir in der gegenwärtigen Lage Blackouts haben.“

Pflichtlager für Erdgas und ein verbessertes Management der Gasspeicher, wie es die IEA vorschlägt, sind sicherlich Schritte in die richtige Richtung. Das grundsätzliche Problem lösen sie aber nicht: Je mehr die Klimapolitik den Bereich der Sonntagsreden verläßt, desto klarer treten die geopolitischen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielkonflikte einer großangelegten Wende des Energiesystems auf.

*) Quelle: [Deutschlands Energiewende hängt von Gas und Putin ab \(nzz.ch\)](http://www.nzz.ch)

Prophetische Worte, auf die Putin nicht gehört hat

Von Adrian Lauber

Henry Kissinger (The Washington Post, 5.3.2014): „Public discussion on Ukraine is all about confrontation. But do we know where we are going? In my life, I have seen four wars begun with great enthusiasm and public support, all of which we did not know how to end and from three of which we withdrew unilaterally. The test of policy is how it ends, not how it begins.

(...)

Far too often the Ukrainian issue is posed as a showdown: whether Ukraine joins the East or the West. But if Ukraine is to survive and thrive, it must not be either side's outpost against the other — it should function as a bridge between them.

Russia must accept that to try to force Ukraine into a satellite status, and thereby move Russia's borders again, would doom Moscow to repeat its history of self-fulfilling cycles of reciprocal pressures with Europe and the United States.

(...)

The West must understand that, to Russia, Ukraine can never be just a foreign country. Russian history began in what was called Kievan-Rus. The Russian religion spread from there. Ukraine has been part of Russia for centuries, and their histories were intertwined before then. Some of the most important battles for Russian freedom, starting with the Battle of Poltava in 1709, were fought on Ukrainian soil. The Black Sea Fleet — Russia's means of projecting power in the Mediterranean — is based by long-term lease in Sevastopol, in Crimea. Even such famed dissidents as Aleksandr Solzhenitsyn and Joseph Brodsky insisted that Ukraine was an integral part of Russian history and, indeed, of Russia. (...)

They live in a country with a complex history and a polyglot composition. The Western part was incorporated into the Soviet Union in 1939 , when Stalin and Hitler divided up the spoils. Crimea, 60 percent of whose population is Russian , became part of Ukraine only in 1954 , when Nikita Khrushchev, a Ukrainian by birth, awarded it as part of the 300th-year celebration of a Russian agreement with the Cossacks. The west is largely Catholic; the east largely Russian Orthodox. The west speaks Ukrainian; the east speaks mostly Russian. Any attempt by one wing of Ukraine to dominate the other — as has been the pattern — would lead eventually to civil war or break up. To treat Ukraine as part of an East-West confrontation would scuttle for decades any prospect to bring Russia and the West — especially Russia and Europe — into a cooperative international system.

(...)

Ukraine has been independent for only 23 years; it had previously been under some kind of foreign rule since the 14th century. Not surprisingly, its leaders have not learned the art of compromise, even less of historical perspective. The politics of post-independence Ukraine clearly demonstrates that the root of the problem lies in efforts by Ukrainian politicians to impose their will on recalcitrant parts of the country, first by one faction, then by the other. That is the essence of the conflict between Viktor Yanukovich and his principal political rival, Yulia Tymoshenko.

(...)

Russia and the West, and least of all the various factions in Ukraine, have not acted on this principle. Each has made the situation worse. Russia would not be able to impose a military solution without isolating itself at a time when many of its borders are already precarious. For the West, the demonization of Vladimir Putin is not a policy; it is an alibi for the absence of one.

Putin should come to realize that, whatever his grievances, a policy of military impositions would produce another Cold War. For its part, the United States needs to avoid treating Russia as an aberrant to be patiently taught rules of conduct established by Washington. Putin is a serious strategist — on the premises of Russian history. Understanding U.S. values and psychology are not his strong suits. Nor has understanding Russian history and psychology been a strong point of U.S. policymakers.

(...)

Leaders of all sides should return to examining outcomes, not compete in posturing. Here is my notion of an outcome compatible with the values and security interests of all sides:

1. Ukraine should have the right to choose freely its economic and political associations, including with Europe.
2. Ukraine should not join NATO, a position I took seven years ago, when it last came up.
3. Ukraine should be free to create any government compatible with the expressed will of its people. Wise Ukrainian leaders would then opt for a policy of reconciliation between the various parts of their country. Internationally, they should pursue a posture comparable to that

of Finland. That nation leaves no doubt about its fierce independence and cooperates with the West in most fields but carefully avoids institutional hostility toward Russia.

4. It is incompatible with the rules of the existing world order for Russia to annex Crimea. But it should be possible to put Crimea's relationship to Ukraine on a less fraught basis. To that end, Russia would recognize Ukraine's sovereignty over Crimea. Ukraine should reinforce Crimea's autonomy in elections held in the presence of international observers. The process would include removing any ambiguities about the status of the Black Sea Fleet at Sevastopol.

These are principles, not prescriptions. People familiar with the region will know that not all of them will be palatable to all parties. (...)"

https://www.washingtonpost.com/opinions/henry-kissinger-to-settle-the-ukraine-crisis-start-at-the-end/2014/03/05/46dad868-a496-11e3-8466-d34c451760b9_story.html

Ob Wladimir Putin diesen Artikel aus der „Washington Post“ je gelesen hat, weiß ich natürlich nicht. Falls ja, hat er ihn offensichtlich nicht verstanden. Er scheint auch nicht mehr der rein rational kalkulierende Taktiker der Macht zu sein. Inzwischen gibt es im Denken des russischen Staatschefs scheinbar auch ein irrationales Moment. Der Mann wirkt arrogant, verbittert, aggressiv und einiges spricht dafür, dass er angefangen hat, die eigene Propaganda bzgl. der Ukraine und der vorgetragenen Begründungen für den Angriffskrieg selber zu glauben.

Putin führt einen durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg gegen die Ukraine, ohne jede Rücksicht auf den Willen und auf das Leben der Ukrainer.

Der Kommentar von Henry Kissinger enthält zwar einen kleinen sachlichen Fehler. (Nikita Chruschtschow war Russe, kein Ukrainer, auch wenn er mit seiner Familie jahrelang in der heutigen Ukraine, im Donezbecken, gelebt hat.)

Aber ansonsten beschreibt er sehr richtig die kulturelle und religiöse Spaltung der Ukraine wie auch die große Bedeutung der Ukraine in der russischen Geschichte. Russland führt seine Anfänge auf das mittelalterliche Reich der Kiewer Rus zurück. Die Stadt Kiew hat für die Russen eine ganz besondere Bedeutung, das steht außer Zweifel.

Was in Kissingers Analyse jedoch ein bisschen zu kurz kommt, ist die – heute in aller Deutlichkeit demonstrierte – Tatsache, dass die Ukrainer sich als eine autonome Nation verstehen und dass sie auch sehr konkrete historische Gründe haben, ihre eigene Identität gegenüber Moskau zu behaupten und sich davon abzugrenzen. Dabei geht es nicht nur um die eigene Sprache, nicht nur um die eigene Konfession. Bis heute wirken auch die Erinnerungen an die Verbrechen nach, die dem ukrainischen Volk in der Sowjetzeit zugefügt wurden. Es ist nicht vergessen, dass Stalin im Rahmen des Holodomor 1932/33 rund sechs bis sieben Millionen ihrer Landsleute zum Hungertod verurteilt hat.

https://www.achgut.com/artikel/millionen_tote_ukrainer_der_holodomor

Am 1.12.1991 votierten 92,3 Prozent der Ukrainer in einem Referendum für die Loslösung von der zerfallenden Sowjetunion und für die staatliche Unabhängigkeit. Was immer es an Konflikten innerhalb des Landes geben und wie groß die Bedeutung der Ukraine für die russische Geschichte auch sein mag, die Ukraine ist nach dem erklärten Willen einer Mehrheit

ein souveräner Staat. Das ist zu akzeptieren und zu respektieren. Nichts gibt einem Wladimir Putin das Recht, einfach über diesen Staat zu verfügen und darüber herzufallen.

https://www.achgut.com/artikel/putins_argumente_und_die_politikwende_in_berlin

Und die Ukrainer – auch sehr viele russischsprachige Ukrainer – stehen heute erkennbar hinter ihrem Präsidenten Wolodymyr Zelensky und wehren sich mit enormer Kraft und großem Mut gegen die invadierende russische Armee.

Wladimir Putin betrachtet die Ukraine aus einer völlig verengten, national-russischen Perspektive. Für ihn war es ein historischer Fehler, dass die Ukraine überhaupt gegründet wurde. Er weist die Schuld an diesem Fehler dem sowjetischen Revolutionsführer Lenin zu. Der habe die Ukraine erst geschaffen und damit „historisch russisches“ Land abgetrennt.

Was Putin dabei völlig ausblendet, ist, dass Lenin so viel Realitätssinn hatte, dass nach den Wirren der Revolution, dem blutigen Bürgerkrieg und der Gründung der Sowjetunion bloße Repression allein nicht genügen würde, die zahlreichen nicht-russischen Völkerschaften des Riesenreiches zusammenzuhalten. So hatte es das Zarenreich – von Lenin das „Völkergefängnis“ genannt – gehandhabt. Lenin suchte einen etwas anderen Weg, indem er den nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der verschiedenen Völker ein Stück weit entgegen kam. Natürlich nicht aus lauter Liebenswürdigkeit und nicht aus Großmut, sondern mit dem erklärten Ziel, diese Völker unter der Herrschaft der Sowjetunion zu halten.

Schön zu reden ist hier freilich nichts, denn die Sowjetunion war vom Anfang bis zum Ende ihres Bestehens eine Diktatur, auch unter Lenin.

Stalin wiederum regierte mit eiserner Faust und nahm die Sowjetrepubliken unter stärkere zentrale Kontrolle, doch schon Chruschtschow und selbst Breschnew gestanden den Sowjetrepubliken wieder erheblich mehr Handlungsspielräume zu, ihre internen Angelegenheiten selbst zu regeln.

Als die Sowjetunion schließlich im Zerfallen begriffen war, erkannte Boris Jelzin, seit 1991 Präsident von Russland, die Zeichen der Zeit und sah ein, dass ein gewaltsames Niederhalten der auseinander strebenden Völker einen Kampf ohne Ende bedeuten würde. So einigte er sich mit den politischen Führern Weißrusslands und der Ukraine darauf, die Sowjetunion aufzulösen.

<https://nationalinterest.org/feature/blame-it-lenin-what-putin-gets-wrong-about-ukraine-200763>

All das sieht Putin nicht. Vielleicht will er es nicht sehen, vielleicht kann er es nicht sehen, vielleicht ist er zu starrsinnig, das zu sehen, was nicht in sein Weltbild passt. Ich weiß es nicht.

Jedenfalls glaubt er, das Recht zu haben, mit Gewalt über die Ukraine verfügen zu können, aber er wird sich mit genau denselben Problemen konfrontiert sehen wie Lenin auch.

Putin hätte Kissinger lesen und beherzigen sollen. Er kann die Ukraine nicht zu seinem Vasallenstaat machen. Daran würde er kolossal scheitern. Und die Gegnerschaft weiter Teile der Welt hat er sich auch noch eingehandelt. Ein neuer Kalter Krieg, vor dem Henry Kissinger als Folge eines solchen Tuns warnte, ist zumindest nicht auszuschließen.

Darin liegt auch eine gewisse Hoffnung in der gegenwärtig furchtbaren Situation. Ob Putin es nun gelingt, Kiew zu erobern oder nicht, er wird der Verlierer sein. Schon jetzt hat sich der Herr des Kremls erkennbar verkalkuliert.

Der Krieg verläuft so ganz anders, als er sich vorgestellt hat, er verschlingt mehr und mehr Leben und Ressourcen, ohne zu einem Sieg zu führen. Die russischen Soldaten in der Ukraine werden keineswegs als Befreier begrüßt, sondern als Invasoren bekämpft.

Auf russischer Seite fallen zur Zeit 1.300 Mann täglich, solche Verluste hatte zuletzt Breschnew im Afghanistan-Krieg (1979-1989) zu verzeichnen. Junge Männer, die sinnlos verheizt werden. Wenn es so weitergeht, wird Putins Regierung es immer schwerer haben, sich vor dem eigenen Volk zu rechtfertigen.

https://www.achgut.com/artikel/putin_verrechnete_sich_mit_dem_kampflosen_sieg_und_steh_t_nun_mitten_im_krie

Schon jetzt regt sich im Land erheblicher Widerstand gegen den Krieg und die Staatsmacht antwortet mit mehr Repression und Zensur.

<https://www.theguardian.com/world/2022/feb/24/we-dont-want-this-russians-react-to-the-ukraine-invasion>

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/nein-zum-krieg-putin-russland/>

<https://www.rferl.org/a/putin-ukraine-war-russian-public-opinion/31734536.html>

Zudem sehen viele Russen gerade aufgrund der gemeinsamen Geschichte, gerade aufgrund der Tatsache, dass Russland seine Anfänge auf das Reich der Kiewer Rus zurückführt, die Ukrainer sozusagen als ein Brudervolk. Nun verlangt man von ihnen, gegen dieses Volk einen Krieg zu führen. Die Soldaten vor Ort sehen mit eigenen Augen, dass sie gegen einfache Leute kämpfen, dass das, was ihnen ihre Regierung erzählt hat, die Unwahrheit ist.

Es besteht die Möglichkeit, dass die Moral der Truppe nicht nur erschüttert werden, sondern früher oder später zusammenbrechen wird – besonders dann, wenn Russland sich in einen lang andauernden Krieg verstrickt, womöglich eine dauerhafte militärische Besetzung der Ukraine, gegen die die offensichtlich zur Selbstverteidigung fest entschlossenen Ukrainer einen Partisanenkampf führen würden.

Auch die Nachrichten darüber, wie Russland isoliert wird und seine auch vor dem Krieg angeschlagene Wirtschaft noch weiter den Bach runter geht, werden früher oder später die Soldaten erreichen bzw. der ökonomische Ruin wird auch sie, die sie ohnehin schlecht ausgerüstet und schlecht versorgt sind, ganz persönlich treffen und noch mehr Zweifel an der Richtigkeit ihres Tuns wecken.

Schon jetzt gibt es Berichte, denen zufolge Einheiten der russischen Armee sich ergeben oder sogar ihre eigenen Militärfahrzeuge sabotiert haben sollen, um den Kampf gegen die Ukrainer zu vermeiden.

Aber selbst wenn Putin den Krieg zu Ende führen, Kiew erobern und die Ukraine besetzen lassen würde, würde er letztendlich der Verlierer sein. Nicht nur, weil der Krieg viel mehr Leben gekostet, viel mehr Geld und Ressourcen verschlungen hat, als der Herr des Kremls

geglaubt hat. Nicht nur, weil er weite Teile der Welt gegen sich aufgebracht hat, nicht nur weil er Russland isoliert und in den wirtschaftlichen Ruin führt, nicht nur weil er die eigene Reputation in weiten Teilen des Auslands endgültig ruiniert, sondern auch weil er sich mit einer Besetzung der Ukraine und einem Dauerkampf gegen ukrainische Partisanen und Guerillas nur noch mehr Probleme einhandeln würde, was sowohl die Moral der Truppe als auch die öffentliche Meinung in Russland über diesen Krieg und über die Person Putin mitprägen würde.

<https://warontherocks.com/2022/03/putin-loses-no-matter-how-this-plays-out-but-we-might-too/>

<https://www.theguardian.com/world/2022/feb/28/the-damage-is-done-russians-face-economic-point-of-no-return>

https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/pentagon-bericht-russische-soldaten-sabotieren-die-fahrzeuge-um-einem-kampf-zu-entgehen_id_61733926.html

Was dazu führen könnte, dass die Regierung Putins und seiner Clique spürbar geschwächt werden wird, zumal viele Menschen in Russland auch vor Kriegsausbruch unzufrieden waren, weil Putin die Wirtschaft nicht in ausreichendem Maße modernisiert hat. Es fehlt an Zukunftsperspektiven, es fehlt an Wohlstand, viele Menschen sind arm, Kriminalität und Korruption grassieren und nationalistisches Auftrumpfen nach innen und außen kann eben nur zeitweise, aber nicht auf Dauer über diese drückenden Probleme des Alltags hinweg täuschen, die nur noch schlimmer werden, jetzt wo Putin mit seiner Aggression sein Land isoliert und dem Druck der Sanktionen aussetzt.

Es besteht die Möglichkeit, dass Putin, nach zwanzig Jahren an der Spitze eines autokratischen Systems berauscht von seiner eigenen Macht, sich seiner Sache zu sicher war und nun den entscheidenden Schritt zu weit gegangen ist, der in der Politik so oft so schwer zu berechnen ist. Vielleicht markiert dieser Schritt für ihn den Anfang vom Ende.

--

Allerdings haben auch viele Politiker im Westen den Fehler gemacht, die Ukraine vor eine verabsolutierte Wahl „entweder Westen oder Osten“ stellen zu wollen. (Was keine Entschuldigung für Putins Angriffskrieg ist! Dafür kann es keine Entschuldigung geben.)

Henry Kissinger zeigte hier deutlich mehr Lebensweisheit und Geschichtsbewusstsein, als er dafür warb, in der Ukraine eine Brücke zwischen West und Ost zu sehen.

Fragt sich nur, ob all das, was Kissinger vor acht Jahren geschrieben hat, durch Putins Rechtsbrüche und Aggressionen seit 2014 zur Makulatur geworden ist, die natürlich jegliches Vertrauen zerstört und ein normales Verhältnis zwischen dem Westen und Russland jedenfalls in der nächsten Zeit unmöglich gemacht haben.

<https://www.rnd.de/politik/krieg-in-der-ukraine-experte-sieht-land-fuer-westen-verloren-nuklearkrieg-nicht-ausgeschlossen-3BM4XEPXMND33OSZ3RHAAWGNF4.html>

Allerdings scheint sich inzwischen etwas Wesentliches geändert zu haben. Zunächst stand zu befürchten, dass es zu einem gewaltsamen Sturz Wolodymyr Zelenskys und seiner Ersetzung

durch eine pro-russische Marionette, womöglich sogar zu einer Zerschlagung oder dauerhaften Besetzung der Ukraine kommen würde.

Wladimir Putin erklärte sich zu Verhandlungen anfangs nur unter der Voraussetzung bereit, dass alle seine Forderungen erfüllt würden. Wer so auftritt, macht Verhandlungen von vornherein aussichtslos.

Inzwischen hat sich der Ton merklich geändert. In diesen Tagen gab Putins Sprecher Dimitri Peskow einen Katalog von Forderungen bekannt, in dem zwei entscheidende Forderungen, die bislang erhoben wurden, nicht mehr vorkommen. Von einer so genannten „Entnazifizierung“, wie die in der russischen Kriegspropaganda der gewaltsame Regierungsaustausch genannt wird, und von Entmilitarisierung der Ukraine ist da nicht mehr die Rede.

Stattdessen verlangt Moskau nun die Anerkennung der von den Separatisten ausgerufenen „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk, die Anerkennung der Krim als Teil Russlands sowie eine Ergänzung der ukrainischen Verfassung, in der die militärische Neutralität des Staates festgeschrieben werden soll.

Am Donnerstag, den 10. März, soll es zu einem Treffen der Außenminister beider Länder kommen.

<https://www.tichyseinblick.de/daily-es-entials/putin-scheint-gesichtswahrende-loesung-zu-suchen/>

Sofern dieses Angebot ehrlich gemeint ist und nicht plötzlich noch ganz andere Begehrlichkeiten angemeldet werden, würde sich die Position der Ukraine damit nicht wesentlich verschlechtern, da die Separatistengebiete – realistisch betrachtet – für Kiew sowieso verloren waren und eine NATO-Mitgliedschaft zu großes Konfliktpotenzial in sich birgt. Im Zeitalter der Atomwaffen müssen Konflikte, an denen die atomar gerüsteten Mächte beteiligt sind, nicht aus naivem Gesinnungspazifismus, nicht aus Blauäugigkeit, sondern aus Pragmatismus begrenzt und, wo es möglich ist, beizeiten entschärft werden.

<https://www.cicero.de/aussenpolitik/andreas-lutsch-ukraine-russland-putin-nato-atomwaffen-realismus>

Eine militärische Neutralität, die aber die Möglichkeit der sonstigen engen Zusammenarbeit der Ukraine mit West- und Mitteleuropa offen ließe, scheint eine solche Möglichkeit zu sein.

Inzwischen sieht es so aus, als ob auch Wladimir Putin sich der Erkenntnis nicht länger verschließen kann, dass man über organisch gewachsene kulturelle Identitäten, die über viele Generationen gewachsen sind, nicht einfach nach Belieben mit Gewalt verfügen und nicht nach seinem Willen neu formen kann.

Bei einem solchen Unterfangen wäre seine Niederlage vorprogrammiert – und angesichts des gigantischen Schadens, den Putin mit seiner Aggression auch Russland zufügt, muss man sich fragen, ob seine Niederlage bzw. gar das Ende seiner Herrschaft vorprogrammiert ist. Eine sichere Prognose ist nicht möglich, aber Tatsache ist, dass der Krieg einen völlig anderen Verlauf genommen hat, als Putin geglaubt hat, und dass die Reaktion des russischen Volkes keineswegs einhellig positiv ausfiel. Die Ukraine ist eben nicht Syrien, einen Krieg gegen die Wiege Russlands (auch wenn der Krieg in der offiziellen Propaganda so nicht heißen darf), das ist vielen Russen einfach nicht zu vermitteln.

--

Noch einige abschließende Worte in Anknüpfung an Kissingers Gedanken:

Ich halte es nicht für weise, die Ukraine in die EU oder gar in die NATO zu holen. So sehr es viele - zu Recht - moralisch empören mag angesichts der Taten Putins, es ist jetzt eine Realpolitik des kühlen Kopfes gefragt, sonst gibt es keine Perspektive, aus dieser Eskalation eines Tages wieder herauszukommen. Claus Strunz hat meines Erachtens Recht, wenn er die Neutralität der Ukraine als realistische Option ansieht.

<https://www.youtube.com/watch?v=jDStyBinLNo>

Hinzu kommt noch etwas Grundsätzliches. Weite Teile der Welt solidarisieren sich jetzt völlig zu Recht mit der Ukraine und bewundern ihren heldenhaften Abwehrkampf. Man nimmt ukrainische Flüchtlinge auf und hilft. Alles ganz genau richtig so. Aber bei aller Emotionalität, die angesichts dieser Entwicklung den Diskurs beherrscht, sollte man nicht nur auf der Basis von Gefühlen längerfristig bedeutsame Entscheidungen treffen.

Der Ukraine jetzt zu helfen, ist das eine. Das ist moralisch geboten, denn sie ist ganz klar das Opfer eines völkerrechtswidrigen, verbrecherischen Angriffskrieges.

Die Ukraine im Eilverfahren die EU aufzunehmen, ist eine andere Sache.

In der Ukraine gibt es erhebliche Probleme, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob eine Mitgliedschaft in der EU sinnvoll ist. Die Organisation "Freedom House" stuft die Ukraine in ihrem Freedom in the World Report lediglich als "teilweise frei" ein. Immer noch deutlich besser als Russland, das zu Recht als "nicht frei" eingestuft wird. Aber in der Ukraine gibt es immer noch erhebliche Beeinträchtigungen bürgerlicher Freiheiten, es grassiert Korruption, es gibt die zu große Macht der Oligarchen. Es ist sorgfältig zu überlegen, ob hier die Kriterien schon erfüllt sind, um als Demokratie im westlichen Sinne anerkannt zu werden.

<https://freedomhouse.org/country/ukraine/freedom-world/2021>

<https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2022>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-oligarchen-korruption-selenskij-1.5249388>

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/ukraine-korrupt-wie-eh-und-je-1.5217924>

Enge Zusammenarbeit mit West- und Mitteleuropa, sehr gern. Und man muss natürlich der Ukraine die Chance lassen, dass sich die politischen Verhältnisse im Land irgendwann in der Zukunft ja auch noch zum Besseren ändern könnten. Aber ich habe den Eindruck, da wird noch viel zu tun sein. Irgendwann in einer Zeit, wenn dieser Krieg Vergangenheit sein wird.

Parallel muss die Verteidigungsfähigkeit der NATO wiederhergestellt werden, damit sie ihre östlichen Mitglieder sichern und Putin vor weiteren Aggressionen wirksam abschrecken kann.

Mit Recht machen sich viele Menschen Sorgen, weil sie sich angesichts des Überfalls auf die Ukraine an manche Äußerung erinnern, die Wladimir Putin in jüngster Zeit getan hat.

2005 bezeichnete Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion als ein geopolitisches Desaster.

2018 antwortete er auf einer Versammlung seiner Anhänger in Kaliningrad auf die Frage, welches Ereignis der russischen Geschichte er rückgängig machen würde, wenn er könnte: „Den Zusammenbruch der Sowjetunion.“

<https://www.reuters.com/article/us-russia-election-putin-idUSKCN1GE2TF>

Und noch im Dezember 2021 wehklagte er, der Kollaps der Sowjetunion sei ein Auseinanderbrechen bzw. eine Desintegration des „historischen Russland“ gewesen.

<https://www.rferl.org/a/putin-historical-russia-soviet-breakup-ukraine/31606186.html>

Dazu die vor kurzem erhobene Forderung Moskaus an die NATO, ihre Truppen hinter die Linien vom Mai 1997 zurückzuziehen. Eine Maximalforderung, die aus westlicher Sicht unannehmbar ist und die die osteuropäischen NATO-Mitglieder niemals akzeptieren könnten - im Gegenteil, angesichts des Überfalls auf die Ukraine werden sie umso mehr (und zu Recht) auf ihren Sicherheitsinteressen bestehen.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/russland-putin-nato-usa-ukraine-1.5490817>

Moskau muss aus einer Position der Wehrhaftigkeit heraus aufgezeigt werden, welche roten Linien keinesfalls überschritten werden dürfen.

<https://www.youtube.com/watch?v=f69EYMqajqY>

Ein Friedensplan für Europa

von *Richard Kemp**)

Das strategische Ziel der NATO sollte es nun sein, den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu stürzen und ihn durch einen weniger gefährlichen Führer zu ersetzen. Wenn er seine Ziele in der Ukraine nicht erreicht, werden den russischen Oligarchen harte Zwänge auferlegt, und den einfachen Bürgern wird durch westliches diplomatisches und wirtschaftliches Handeln Leid zugefügt; sein aktuelles Abenteuer könnte dazu führen, dass er sich selbst zerstört.

Geschieht dies nicht, bleibt Putin eine permanente Bedrohung für die Nato, für Europa und für die Welt. Das russische Gesetz erlaubt ihm nun, die Macht mindestens bis 2036 zu behalten. Offenbar zielt er darauf ab, die Sowjetunion in einer neuen Form neu zu erschaffen und Russlands Supermachtstatus wiederherzustellen, indem er die NATO zurückdrängt und Moskaus Herrschaft über seine östlichen Nachbarn wiedererlangt. Er **fordert** nun sogar die atomare Abrüstung Europas.

Putins nächste **Ziele** könnten Moldawien oder die baltischen Staaten sein, die er Berichten zufolge wie die Ukraine als illegitim und als eigentlichen Teil der russischen Sphäre **betrachtet**. Wenn weiteres Leid und Blutvergießen vermieden werden sollen, muss der Westen alles tun, um sicherzustellen, dass seine derzeitige Aggression scheitert. Endlich sehen wir Einigkeit unter den NATO-Staaten, mit beispiellosen Sanktionen, die bereits zu greifen beginnen und die russische Wirtschaft auf den freien Fall zusteuern. Um Putins umfassenderen Ambitionen Einhalt zu gebieten, ist es auch wichtig, dass die NATO die ukrainische Armee am Kämpfen hält, und dazu gehört die Finanzierung der Kriegsanstrengungen und die Lieferung tödlicher Waffen und militärischer Ausrüstung an die ukrainischen Streitkräfte.

Für den wahrscheinlichen Fall, dass sich Putin in der Ukraine durchsetzt, sollten wir uns jetzt auch darauf vorbereiten, eine Widerstandsbewegung gegen eine mögliche russische

Besatzungsarmee zu unterstützen. Dazu gehören die Lieferung von Waffen, Informationen und Überwachung sowie offensive Cyber-Fähigkeiten und die Entsendung von inoffiziellen Beratern, um zu helfen. Moskau sollte in der Ukraine in einen Sumpf getrieben werden, mit einem Strom von Leichensäcken, die zurück nach Russland gehen (anstatt auf mysteriöse Weise in den **mobilen Krematorien** zu "verschwinden", von denen der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt, dass sie ominöserweise den russischen Streitkräften folgen). Es ist nicht so, dass wir wollen, dass russische Wehrpflichtige getötet werden, aber schwere Verluste würden dazu beitragen, weitere Aggressionen abzuschrecken und Putins Regime zu destabilisieren.

Das bisherige Muster im Westen bestand darin, Sanktionen zu verhängen und sie dann in Nichts **verblässen zu lassen**, wenn sich die Situation beruhigt. Das ist 2014 passiert, als Putin auf der Krim einmarschiert ist, und das ist, was mit der Aggression des Iran gegen die Länder des Nahen Ostens und seinem aufkeimenden Atomwaffenprogramm passiert. Das darf Putin nicht passieren. Westliche Länder sollten jetzt klarstellen, dass Sanktionen und andere Maßnahmen dauerhaft sein werden. Sie sollten verstärkt werden, um den Abbruch diplomatischer Beziehungen und Exportverbote sowie die Verweigerung des Zugangs zu Seehäfen, Lufträumen und Flughäfen und den Ausschluss russischer Mannschaften von Sportwettkämpfen sowie kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen zu umfassen.

Um den Druck zu erhöhen, haben manche vorgeschlagen, allen Russen die Einreise in westliche Länder zu verbieten und diejenigen, die sich bereits dort aufhalten, auszuweisen. Dies hätte weitaus größere Auswirkungen auf normale Russen als Sanktionen gegen eine Handvoll weit entfernter Oligarchen, die denen egal sind.

Russlands Angriffskrieg ist nach internationalem Recht **illegal**, und zu dieser Illegalität kommt noch hinzu, dass es weit verbreitete Berichte über **Kriegsverbrechen** in der Ukraine mit Vorwürfen vorsätzlicher Angriffe auf geschützte Zivilisten gibt. Diese Verbrechen werden wahrscheinlich weitergehen und zunehmen. Alle diese Gräueltaten sollten systematisch aufgezeichnet werden, mit dem Ziel, die Verantwortlichen vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen, damit die russischen Führer wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt werden.

Kurz gesagt, Russland muss isoliert und zu einem internationalen Paria gemacht werden, nicht nur solange Putins Armee die Ukraine angreift, sondern so lange wie nötig. Diese Aktionen werden auch uns Schaden zufügen, da Russland mit seinen eigenen Sanktionen und Beschränkungen zurückschlägt. Der kurzfristige Schmerz kann mittelfristig gemildert werden, indem die Abhängigkeit von russischer Energie beseitigt und die Gaslieferungen aus Nordafrika, der Adria und dem Mittelmeer erhöht werden. Auch durch die Wieder-Öffnung der weltweit größten Energieversorgung in den Vereinigten Staaten, die Präsident Joe Biden an seinem ersten Tag im Amt **herunterzufahren** begann, und durch Fracking und den Bau von Kernkraftwerken.

Putin wird auch versuchen, sich an westlichen Ländern zu rächen, einschließlich des Cyberkriegs und seines Attentatsprogramms, das sein Markenzeichen ist. Die Entwicklung unserer Cyberabwehr sowie Offensivfähigkeiten muss dringend beschleunigt und die Geheimdienste ausgebaut werden, um russischen Spionadiensten entgegenzuwirken und ihnen schweren Schaden zuzufügen.

Die Kommunistische Partei Chinas wird helfen, Schaden von Russland abzuwenden, indem sie Wirtschaftshilfe leistet, und China ist bereit, Energievorräte **aufzukaufen**, die dann nicht

mehr nach Europa gelangen können. Manche argumentieren, dass westliche Strafmaßnahmen Russland in Chinas Arme treiben werden. Das ist bereits geschehen: Russland ist weltweit der größte einzelne Empfänger chinesischer finanzieller Unterstützung, und Putin und Xi haben ein Militärbündnis abgeschlossen.

In der Zwischenzeit müssen NATO-Armeen aufgebaut werden – was Deutschland bemerkenswerterweise gerade versprochen hat – und verstärkt in nord- und osteuropäische Länder entsandt werden, die sich in Putins unmittelbarer Schusslinie befinden. Großbritannien zum Beispiel hat im vergangenen Jahr beschlossen, seine ohnehin mageren Panzer- und Infanterieeinheiten drastisch zu reduzieren. Diese Kürzungen sollten nicht nur aufgehoben, sondern rückgängig gemacht werden, indem die Streitkräfte wieder auf das Niveau des Kalten Krieges der 1980er Jahre aufgebaut werden.

Wo Putin fordert, dass sich die NATO zurückzieht, sollte sie nach vorne drängen. Manche mögen das als Provokation empfinden, tatsächlich ist es aber ein Zeichen der Stärke, das Putin eher abschrecken als besänftigen wird. Er weiß, dass sein Gerede über Bedrohungen Russlands durch die NATO nichts weiter ist als eine Entschuldigung für seine eigenen territorialen Ambitionen, motiviert durch die Angst vor der unmittelbaren Freiheit und dem Wohlstand des Westens, die seinen Machtanspruch untergraben. Er weiß, dass die Nato keine militärische Bedrohung für Russland darstellt und ein reines Verteidigungsbündnis ist. Wenn sie ihre einstige Glaubwürdigkeit wiederherstellen will, die von Bidens Afghanistan-Debakel stark unterminiert wurde, muss die NATO ihre Stärke zurückgewinnen – nicht nur in Bezug auf militärische Macht, sondern auch in Bezug auf den nachweislichen politischen Willen, sie einzusetzen.

Die USA und die NATO sind möglicherweise nicht in der Lage oder willens, Putin direkt zu Fall zu bringen; das kann wahrscheinlich realistischer von innen erfolgen. Aber neben wirtschaftlichen, diplomatischen und rechtlichen Schritten gegen Russland und die Personen, die für diesen Krieg verantwortlich sind, sollten wir potenziellen Putin-Nachfolgern, die wir als vernünftig und gemäßigt einstufen, maximale Unterstützung und Ermutigung zukommen lassen.

Die damit verbundenen Schwierigkeiten sind nicht zu unterschätzen. Putins Hauptgegner Alexej Nawalny, den Moskaus Sicherheitsdienste mit Nowitschok zu ermorden versuchten, sitzt im Gefängnis, seine politische Bewegung ist verboten. Dmitri Muratow, der im vergangenen Jahr den Friedensnobelpreis für seine Bemühungen zur Wahrung der Meinungsfreiheit in Russland erhielt, beklagte kürzlich, dass niemand Putins Aggression in der Ukraine stoppen konnte. Die wenigen hochrangigen Funktionäre, die bei Putins Invasionsplänen zur Zurückhaltung drängten, wurden rasch beiseite gewischt. Seine Generäle sind gefügig und die Duma und der Föderationsrat sind vollgestopft mit seinen Vasallen.

Vor der Invasion veröffentlichten Amerika und Großbritannien Geheimdienstinformationen, die die Welt auf Putins aggressive Absichten aufmerksam machten, obwohl er sie wiederholt bestritt. Wir können die gleiche Technik verwenden, um Dissens zu schüren, indem wir Putins Kriminalität, Korruption und Kleptokratie dem russischen Volk unerbittlich bloßstellen. Wir können endlose gezielte Wirtschafts- und juristische Kriege gegen russische Oligarchen führen und sie unter Druck setzen, sich gegen Putin zu wenden und eine Palastrevolution durchzuführen.

Unsere Botschaft an das russische Volk sollte von Anfang an klar sein: Wir werden Putins Kriegslust im Europa des 21. Jahrhunderts weder akzeptieren noch zulassen und wir werden

dem Land und seinen Führern schaden, bis die Gefahr für uns beseitigt ist. Gleichzeitig sollten wir klarstellen, dass wir in diesem Fall großzügig gegenüber dem russischen Volk sein werden, es herzlich wieder in der regelbasierten Ordnung willkommen heißen und es zu einer größeren Einheit mit Europa und dem Westen ermutigen werden, wenn es dies wünscht.

Wir sollten auch bereit sein, wirtschaftliche Unterstützung anzubieten, einen modernen Marshallplan. So wie unsere Isolierung Russlands kostspielig sein wird, so wird es auch seine Rehabilitation sein. Selbst solche astronomischen Kosten sind jedoch billiger als die Alternative, sowohl in Dollar als auch in Menschenleben. Der Einsatz könnte nicht höher sein. In den letzten Tagen war Russland das erste Land, das jemals ein Atomkraftwerk angegriffen hat, wodurch eine Kernschmelze und unsägliche menschliche und ökologische Katastrophen riskiert wurden. Währenddessen drohte Putin dem Westen in der vergangenen Woche zweimal mit Atomwaffen.

Wie Israel uns oft betreffend den Iran erinnert: Wenn ein Führer uns mit Vernichtung droht, können wir es uns nicht leisten, zu hoffen, dass er es nicht ernst meint. Hätte sich die Welt in den 1930er Jahren darauf konzentriert, Hitler loszuwerden, anstatt ihn zu beschwichtigen, hätten wir vielleicht nicht den Schrecken eines globalen Krieges gesehen, der 70 Millionen Menschen tötete.

Die Dringlichkeit einer westlichen Botschaft der Stärke geht sogar über Russland hinaus. Chinas Präsident Xi hat größere territoriale Ambitionen als Putin, und sie werden heute auf allen Kontinenten der Welt ausgetragen. Xis Ukraine ist Taiwan, und es kann sein, dass die Heimsuchung durch eine Katastrophe bei Russlands Diktator seinen Freund in Peking abschrecken wird.

**) Colonel Richard Kemp ist ein ehemaliger Kommandeur der britischen Armee. Er war auch Leiter des Teams für internationalen Terrorismus im Kabinettsbüro Großbritanniens und ist heute Autor und Redner für internationale und militärische Angelegenheiten. Er ist Fellow der Jack Roth Charitable Foundation am Gatestone Institute. (Englischer Originaltext: „A Plan for Peace in Europe“, Übersetzung: Daniel Heiniger)*

Entschlossene Führung überall außer in Amerika öffnet die Ventile und die EastMed-Pipeline

von *Pete Hoekstra* *)

Gegenwärtig scheinen die ukrainischen Streitkräfte dem russischen **Militär** waffen- und zahlenmäßig unterlegen zu sein. Wenn es dem russischen Präsidenten Wladimir Putin letztendlich gelingt, die Ukraine und ihre Hauptstadt Kiew zu überwältigen, lassen Sie uns sicherstellen, dass es sein Waterloo ist.

Gestärkt durch die entschlossene und kämpferische **Führung** des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj war die weltweite Reaktion auf Putins Invasion schnell und hart für Russland. Sanktionen gegen die russische Zentralbank und die Beschränkungen für einige russische Banken durch das SWIFT-Banktransaktionssystem haben den Wert eines russischen Rubels auf weniger als einen Cent **gesenkt**, während die **Zinssätze** in Russland über 20 % liegen. Der russische Aktienmarkt wurde präventiv **geschlossen**, um einen Crash zu verhindern, und russischen Fluggesellschaften ist es **untersagt**, große Teile des Planeten zu überfliegen.

In einem überraschenden Schritt legte Deutschland in einer erstaunlichen Wendung die russische **Nord-Stream-2-Pipeline auf Eis**, und am 1. März meldete ihr Betreiber **Insolvenz** an und entließ alle seine Mitarbeiter. In einer weiteren beeindruckenden Kehrtwende, die Jahrzehnte früherer Politik umstürzte, kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz an, dass das Land die **Militärausgaben erhöhen** werde, um den Bedarf der NATO an Verteidigungsausgaben von 2 % des BIP zu decken und seine militärischen Fähigkeiten **erheblich zu steigern**. Als US-Botschafter in den Niederlanden hatte ich diese beiden Schritte **befürwortet**.

Als Putin seinen Feldzug begann, sah er sicherlich nicht voraus, dass er damit Europa und den Westen vereinte, die NATO stärkte und die russische Wirtschaft zerstörte.

Die Biden-Regierung hat sich schnell den Sanktionen und anderen Maßnahmen gegen Russland angeschlossen, aber beachten Sie: Biden hat sich angeschlossen, er hat sie **nicht angeführt**. Tatsächlich waren es die Europäer, die bei Nord-Stream und der Beschränkung des Zugangs Russlands zum SWIFT-Bankenkommunikationssystem federführend waren. Europa und Kanada haben ihren Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt, der amerikanische Luftraum blieb jedoch **noch Tage danach geöffnet** (der US-Luftraum wurde erst gestern Abend geschlossen). Deutschland hat bei seinen Militärausgaben den Kurs umgedreht, doch die Biden-Regierung weigert sich immer noch, Amerikas Abhängigkeit von russischem Öl und Gas umzukehren, indem sie die heimische Produktion erhöht und Pipelines im Inland öffnet. Es gab auch keine Schritte, um die gigantischen **Schlupflöcher** zu schließen, die dazu führen, dass Russlands Öl- und Energiesektor nicht sanktioniert wird, oder die **EastMed-Pipeline** zu genehmigen, die die Energieversorgung nach Europa diversifizieren würde.

Ironischerweise finanzieren die USA, während die Amerikaner **steigende Preise an der Zapfsäule** erleben, Russlands Aggression in der Ukraine durch den Kauf von 500.000 Barrel Öl pro Tag von Russland. Bei 100 Dollar pro Barrel gibt das Putin 50.000.000 Dollar *pro Tag*, um ihm dabei zu helfen, die Ukraine zu zerstören, möglicherweise **gefolgt** von Moldawien, Litauen, der Slowakei, Lettland, Estland, Rumänien und Polen.

Anstatt Putins Krieg zu finanzieren, sollte Amerika die eigene Keystone-XL-Pipeline öffnen und die Förderung von Schieferöl und -gas im Inland fördern. Umgekehrt scheint die Biden-Regierung darin festgefahren zu sein, ihre **gescheiterte Energiepolitik** zu verstärken – "**OPEC sagt zu Biden: Wenn Sie mehr Öl wollen, pumpen Sie es selbst**"; der Green New Deal, bei dem die Amerikaner teure Elektrofahrzeuge kaufen sollen, die natürlich fossile Brennstoffe zu ihrer Herstellung benötigen, und der "Klimawandel".

Es ist bezeichnend für die Prioritäten der Biden-Regierung, dass während des Krieges unschuldige Zivilisten massakriert werden und die gesamte Weltordnung von Russland, China und dem Iran bedroht wird. Bedauerlicherweise beschloss Bidens "geschätztes" nationales Sicherheitsteam auch, US-Geheimdienstinformationen über Russland mit der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zu **teilen**, in der Hoffnung, dass sich die KPCh mit dem Westen verbünden würde, um eine russische Aggression abzuschrecken. Für mich als ehemaligem Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses ist es erstaunlich zu sehen, dass die Geheimdienste und das nationale Sicherheitsteam von Biden dies sogar für eine gute Idee halten könnten.

Führung beginnt ganz oben, und Selenskyjs Führung – sogar die Europas – steht in scharfem Kontrast zu der gescheiterten Führung, die aus fast allen Ecken der Biden-Regierung kommt. Unter Bidens Führung erleben wir eine Politik, die von den Amerikanern fordert, Opfer zu bringen und am Ende für Russlands Aggression zu bezahlen, anstatt amerikanischen

Einfallreichtum und Kreativität zu entfesseln, um der Herausforderung zu begegnen. Während ukrainische Bürger ihr Leben riskieren und sterben, um ihr Land zu retten, macht sich die Biden-Regierung Sorgen um CO₂. Bei der Förderung von "grüner Energie" sehen wir, dass die Biden-Regierung Strategien anwendet, die die Kommunistische Partei Chinas stärken, die die für "grüne Energie" benötigten **Seltene-Erde-Mineralien** und die **Produktion von Solarmodulen** kontrolliert.

Zelenskyy, der am Ende vielleicht mit seinem Leben bezahlen wird, sah offensichtlich ein, dass er seinem Volk angesichts eines militärisch überlegenen Feindes eine mutige Führung geben musste. Als das Biden-Team anbot, bei der Evakuierung von Selenskyj aus Kiew zu helfen, **antwortete er**: "Ich brauche Munition, keine Mitfahrgelegenheit." Die Schweiz **gab ihre berühmte Neutralität auf**, um Russland zu sanktionieren und die legendären Schweizer Bankkonten russischer Oligarchen **einzufrieren**. Bundeskanzler Olaf Scholz kehrte den Kurs um, um die russische Nord-Stream-2-Pipeline nach Deutschland, jetzt **bankrott**, zu schließen und das deutsche Militär zu stärken. **Schweden** und **Finnland** erwägen ernsthaft, ihre seit langem gehaltenen Positionen umzukehren, um **der NATO beizutreten**. Unterdessen bleibt die Biden-Regierung an ihrer Politik der amerikanischen Energieabhängigkeit kleben und zieht sogar den Stecker bei der entscheidenden **EastMed-Gaspipeline** von Amerikas Verbündeten Israel, Zypern und Griechenland nach Europa. Die EastMed-Pipeline sollte unverzüglich gebaut werden.

Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Ukraine für Putin, der bereits eine lange Spur von **Kriegsverbrechen** und anderen Gräueltaten angehäuft hat, das Ende der Fahnenstange wird. Putins Waterloo. Wir haben nur **halbherzige** Finanzsanktionen verhängt, "**gespickt mit Schlupflöchern**" und ohne Russlands **Öl- und Gasindustrie** zu treffen. Wir haben passiv Putins brutalem Angriff auf die Ukraine in Echtzeit, seinen zahllosen **Kriegsverbrechen** – einschließlich der "**Plünderung ziviler Gebiete**" und des berichteten Einsatzes von **Streu- und Vakuumbomben** – sowie der **humanitären Krise**, die er ausgelöst hat, **zugesehen**. Hoffen wir, dass Biden echte Führungskraft zeigt und den Kurs ändert, sodass Amerika nicht länger auf Russland und China angewiesen sein wird, unabhängig vom Ergebnis. Und *das* wäre nun im besten Interesse der Vereinigten Staaten.

*) Quelle: Gatestone Institut. Peter Hoekstra war während der Trump-Regierung US-Botschafter in den Niederlanden. Er diente 18 Jahre lang im US-Repräsentantenhaus als Vertreter des zweiten Bezirks von Michigan und war Vorsitzender und hochrangiges Mitglied des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses. Derzeit ist er Vorsitzender des Beirats des Center for Security Policy und Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute.

Gedanken eines Laien zur Ukraine-Krise – Versuch einer Annäherung an die Situation

*Von Adrian Lauber *)*

Die Lage wird immer bedrohlicher und einmal mehr erscheint Krieg in Europa als realistische Möglichkeit.

Wagt man es, hier deeskalierend einzugreifen, darf man mit dem Vorwurf rechnen, man wäre ein so genannter Putin-Versteher.

Abgesehen davon, dass ich nicht verstehe, wann es zu einem verdammungswürdigen Verhalten geworden ist, zu versuchen, die andere Seite in einem Konflikt zu verstehen, kann

ich, für mich selbst sprechend, nur sagen, dass ich Putin mit skeptischer Distanz betrachte und mir keine Illusionen darüber mache, dass er an der Spitze eines hochgradig autokratischen Systems steht. Er kommt aus den Reihen des sowjetischen KGB und war anschließend Chef des KGB-Nachfolgers FSB, ehe er an die Spitze des Staates gelangte. Dieser Mann wurde dort wohl kaum zum Demokraten sozialisiert.

Aber leider kann man sich nicht aussuchen, mit was für Staatsmännern man im internationalen diplomatischen Verkehr umgehen muss.

Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte einmal rückblickend über Leonid Breschnew, er sei Herr eines mächtigen Landes gewesen, von dem zu einem wesentlichen Teil auch die Sicherheit Deutschlands abhing und mit dem man deshalb habe umgehen müssen.

Nun ist das heutige Russland nicht mehr die Sowjetunion, und Putin ist nicht Breschnew. Aber gültig ist nach wie vor die Feststellung, dass die Sicherheit Deutschlands bzw. Europas insgesamt in hohem Maße davon abhängig ist, mit Russland umzugehen lernen.

Dazu braucht man keinerlei Sympathien für den jeweiligen Staatspräsidenten zu haben, sondern Pragmatismus und einen Blick für Verhältnismäßigkeiten. Dass eine stetige Expansion der NATO plus Stationierung entsprechender Waffensysteme vor seiner Haustür nicht in Russlands strategischem Interesse liegen kann, ist nicht weiter schwierig zu verstehen.

Mir scheint, Sahra Wagenknecht trifft in ihrer Wortmeldung zur Ukraine-Krise ein wesentliches Problem, dass zwei unterschiedliche psychologische Perspektiven aufeinander prallen, ohne dass ausreichend versucht würde, die jeweils andere zu sehen.

Es ist in der Tat so, dass sich die vom Westen kommenden Invasionen ins kollektive Gedächtnis der Russen eingebrannt haben, allen voran der von Nazi-Deutschland ausgehende Vernichtungskrieg, der ca. 27 Millionen Menschen der damaligen Sowjetunion den Tod brachte. So lange das auch her ist und so grundverschieden die heutige Lage auch ist, das historische Gedächtnis vergisst nicht.

Es ist aber auch so – was ich am Beispiel Polen aufgrund familiären Bezugs auch aus persönlicher Anschauung bestätigen kann –, dass in etlichen Ländern Osteuropas Russland mit Misstrauen und durchaus auch mit Angst beäugt wird. Man wollte sehr gerne und bereitwillig in die NATO, man wollte die Zugehörigkeit zum freien Westen, weil man jahrzehntelang die Knute sowjetischer sozialistischer Fremdherrschaft erlebt hatte, auch das hat sich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt. Die schiere Größe und militärische Überlegenheit Russlands machen den kleinen Nachbarn, die keineswegs positive Erfahrungen mit ihm gemacht haben, Angst und lassen sie nach Schutz und Beistand suchen.

Diese Ängste sind alle nicht aus der Luft gegriffen. Sie haben sehr konkrete geschichtliche Gründe und müssen ernst genommen werden.

Allerdings muss trotzdem die Frage erlaubt sein, ob diese Ängste heute alle noch dieselbe objektive Berechtigung haben wie in der Vergangenheit.

Denn Ängste gezielt zu schüren und zu übersteigern, kann alles noch gefährlicher machen, als es ohnehin schon ist.

Der amerikanische Außenminister Blinken hat Recht, wenn er sagt, dass niemand das Recht habe, anderen Ländern vorzuschreiben, mit wem sie sich verbünden. Die osteuropäischen Staaten wollten die Zugehörigkeit zum Westen, sie wollten sich nicht mehr in einer russisch beherrschten Einflussphäre verbleiben, in der sie sich Jahrzehnte lang gezwungenermaßen befunden hatten.

Von russischer Seite spielt blanke Machtpolitik ohne Zweifel die entscheidende Rolle. Es ist klar, dass Moskau die Ukraine – Souveränität hin oder her – als seine Einflussphäre ansieht. Das Streben nach Kontrolle über diese Region, vor allem über den Zugang zum Schwarzen Meer, zu den Dardanellen und letztendlich zum Mittelmeer zieht sich von der Zarenzeit über die Sowjetzeit bis in die Gegenwart.

Russland ist eine regionale Großmacht, und sie handelt nach den typischen Instinkten und Bedürfnissen einer solchen Macht. Auch mit der bisweilen dazu gehörenden Rücksichtslosigkeit und Brutalität.

Putin sieht sich – zu Recht – in einer Position der Stärke, weil ihm sehr wohl klar ist, in welcher enormer wirtschaftlicher Abhängigkeit Europa, vor allem seine wirtschaftlich stärkste Macht Deutschland, sich von Russland befindet.

Sanktionsdrohungen beeindrucken ihn vor diesem Hintergrund erkennbar wenig. Der russische Präsident weiß, welche verheerende Auswirkungen ein Ausfall der russischen Gaslieferungen nach Mittel- und Westeuropa haben würde.

Die USA sind ebenfalls eine Groß-, ja sogar Weltmacht und bei allen freiheitlichen Werten, für die Amerika und der amerikanische Traum stehen und bei allem, was u. a. Deutschland Amerika zu verdanken hat, muss man auch realistisch sehen, dass auch die amerikanischen Eliten eigene Machtinteressen verfolgen.

Dazu gehört es, im Rahmen der NATO der maßgebliche Partner zu bleiben und nicht zuzulassen, dass die NATO durch eine anders geartete europäische Sicherheitsarchitektur ersetzt würde, was ja zeitweise eine ernsthaft besprochene Idee war.

Washington wollte den Erhalt der NATO und natürlich die führende Macht dieses Bündnis bleiben.

Wie auch immer man dazu steht, Tatsache ist, dass die NATO ursprünglich als Verteidigungsbündnis gegen den expansiven Sowjetkommunismus gegründet wurde. Da die Sowjetunion nicht mehr existiert, stellt sich nun einmal die Frage, was genau der hauptsächliche Zweck der NATO heute sein soll und sein kann.

Ich selbst bin NICHT für eine Auflösung der NATO, im Gegenteil. Ich halte sie als wesentlichen Bestandteil der internationalen Sicherheitsarchitektur und als Verteidigungsbündnis der freiheitlichen, jüdisch-christlich geprägten Zivilisation weiterhin für notwendig, aber auch ich denke, dass durchaus die Debatte darüber geführt werden muss, was heute die vordringlichen Aufgaben, was die hauptsächliche Mission dieses Bündnisses sein soll, sein kann und sein darf.

Etwas, wofür die NATO heute gebraucht würde, wäre z. B. eine gemeinsam organisierte Abwehr der vom internationalen Dschihadismus ausgehenden Bedrohung, insbesondere befördert durch die antisemitische Diktatur des Iran, deren erklärtes Ziel es ist, ihre Islamische

Revolution in die Welt zu exportieren und unseren Freund und Verbündeten, den Staat Israel, die einzige Demokratie der Region, auszulöschen. Diese Bedrohung destabilisiert nicht nur den Nahen Osten, sondern richtet sich auch ganz unmittelbar gegen den zum Feind erkorenen Westen.

Das iranische Regime ist ein gefährlicher, von irrationalen messianischen Endzeitvorstellungen getriebener Aggressor.

Aber ist Putin auch ein irrationaler Aggressor, mit dem man auf dieselbe Art umgehen sollte wie mit Irans „Oberstem Führer“ Ali Khamenei?

Ich glaube nicht. Putin ist zweifellos ein autokratisch sozialisierter Machtmensch, und er ist ebenso zweifellos in der Lage, seine Machtinteressen auch mit Gewalt durchzusetzen. Aber ich halte ihn dennoch für einen weitgehend rational handelnden Akteur, und man kann ganz sachlich feststellen, dass Putin nicht mit dem iranischen Regime gleichgesetzt werden kann, ohne dass man deswegen irgendwelche Sympathien für Putin hegen muss.

Ich glaube, man muss auf die jeweilige konkrete Situation und auf den konkreten Akteur reagieren, mit dem man es zu tun hat.

Ich glaube nicht, dass es weise ist, die Konfrontation mit Russland eskalieren zu lassen.

Aber eine Politik der Stärke wird notwendig sein, weil Putin erkennbar eine solche Sprache spricht und versteht und nur jemanden, der aus Stärke und Entschlossenheit heraus handelt, als jemanden akzeptieren wird, mit dem er reden muss und mit dem er sich nicht erlauben kann, wonach ihm der Sinn stehen mag.

Ich mag mir nicht vorstellen, wie der Mann im Kreml reagiert hat, als er vom deutschen Angebot Kenntnis erhielt, 5.000 Helme in die Ukraine zu liefern ...

US-Präsident Ronald Reagan handelte nach der Devise „Frieden durch Stärke“ (peace through strength), und in der Tat, es ist es immer wieder so – so paradox es manchem auch vorkommen mag -, dass man zur Sicherung des Friedens auch die Muskeln spielen lassen muss, weil man nur so potenzielle Aggressoren abschrecken kann.

Putin selbst kommuniziert durch diese Art von Machtdemonstrationen. Und wenn der Westen von ihm ernst genommen und respektiert werden will, muss er in einer Sprache der Stärke antworten. Nicht um es eskalieren zu lassen, sondern um aus einer Position der Stärke heraus zu Verhandlungen und, wenn möglich, zu einer Verständigung zu kommen.

Weltgeschichte wird durch eine Politik der Stärke gemacht, so ist es immer wieder. So genannte „feministische Außenpolitik“, von der heutzutage die Rede ist, ist eine Kopfgeburt von Traumtänzern, um es einigermaßen höflich auszudrücken. So funktioniert die Welt nicht. So kann man nicht mit Machthabern umgehen, die eine ganz andere Art von Sprache und Umgang pflegen.

Aber was kann ein realistisches und erstrebenswertes Ziel sein, nachdem man Stärke demonstriert und Putin von aggressiven Unternehmungen gegen die Ukraine abgehalten hat?

Nehmen wir einmal an, eine Mehrheit der Ukrainer wünscht tatsächlich einen Beitritt zur NATO. Klar ist, dass Russland eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine niemals akzeptieren,

sondern eine solche als gegen seine eigenen Macht- und Sicherheitsinteressen gerichtet bewerten würde.

Wie auch die USA umgekehrt – Blinkens Worten zum Trotz – sicher nicht akzeptieren würden, wenn Kuba, Mexiko oder Venezuela in ein russisch oder chinesisches geführtes Bündnis eintreten würden. Selbst dann, wenn in diesen Ländern von Fälschungen freie Referenden durchgeführt würden und dabei herauskäme, dass eine Mehrheit das Bündnis mit Moskau oder Peking wünscht.

Auch wenn die Ukraine zur NATO gehören wollte, wäre ein NATO-Beitritt es wirklich wert, den aktuellen Konflikt weiter zu verschärfen?

Steht die Ukraine vor der Wahl, entweder westlich oder russisch zu sein? Gibt es keinen Mittelweg?

Tatsache ist, die Stimmung ist bedrohlich aufgeheizt. Ein Mitglied der polnischen Familie, der wiederum Kontakte zu diversen Ukrainern hat, erzählt, wie groß die Angst vor einem militärischen Übergriff seitens Russlands ist, wie groß in jenem Landesteil aber auch die Ablehnung gegen Russland und die Entschlossenheit ist, sich gegen einen Angriff zur Wehr zu setzen, sollte dieser tatsächlich erfolgen.

Auch ich weiß keinen einfachen Ausweg. Nur sehe ich derzeit nicht, wie man einen großen Konflikt vermeiden will, wenn man die Ukraine vor die Wahl stellt, entweder die eine oder die andere Seite zu wählen, und einen dritten Weg von vornherein als nicht gangbar ansieht.

Ich frage mich, ob es nicht möglich wäre, aus einer Position der Stärke und der Entschlossenheit heraus klar zu machen, dass eine russische Aggression gegen die Ukraine keinesfalls hingenommen, dass aber, sollte Putin einlenken, auf Russlands eigene Interessen durchaus Rücksicht genommen werden wird – was dann letztendlich doch darauf hinaus laufen könnte, die Ukraine jedenfalls auf absehbare Zukunft als eine Art neutralen Puffer zwischen NATO und Russland zu belassen. Nicht Mitglied der NATO, aber auch nicht russische Provinz, auch nicht eine Marionette, mit der der Kreml machen kann, wonach ihm der Sinn steht.

Der Schweizer Journalist Roger Köppel („Die Weltwoche“), der in Berlin mit diversen Politikern vertraulich reden konnte, merkt dazu an, dass viele von ihnen hinter vorgehaltener Hand keine Aufnahme der Ukraine in die NATO wünschen, weil sie befürchten, dass dies der Sicherheit und dem Frieden in Europa keineswegs dienlich sein würde.

Ich glaube nicht, dass der Ukraine-Konflikt es wert ist, darüber Krieg zu führen.

Eine Politik der Stärke, ja, aber es gilt, einen realistischen Blick dafür zu haben, welche konkreten Ziele mit dieser Politik der Stärke erreicht werden sollen.

Lassen wir einmal die Frage dahin gestellt, ob die immer enger werdende militärische Zusammenarbeit Russlands mit der Diktatur China hätte verhindert werden können, wenn der Westen sich Russland gegenüber taktisch klüger verhalten hätte.

Tatsache ist, diese Allianz existiert jetzt und die militärische Kooperation wird enger. Der Aufbau eines gemeinsamen BMEW (Ballistic Missile Early Warning) Systems war das

Signal zum Beginn eines militärischen Bündnisses. Im August 2021 hielten die zwei Staaten gemeinsame Militärmanöver ab. Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu reiste nach China und sprach davon, dass man ein hohes Maß an Zusammenarbeit zu Land, zu Wasser und in der Luft erreicht habe.

Laut einem Bericht der Financial Times sollen die chinesischen Streitkräfte im August eine atomwaffenfähige Hyperschallrakete getestet haben. Sollte das zutreffen, hieße das, dass Chinas Armee eine solche Rakete in den Orbit geschickt und dass sie die Erde einmal umkreist und das anvisierte Ziel nur um ein paar Meilen verfehlt hat. Bisher galt dies als technisch nicht machbar. Solche Raketen können von herkömmlichen Raketenabwehrschildern nicht ausgemacht werden, weil diese nur innerhalb der Atmosphäre scannen können.

Weitere gemeinsame Manöver folgten im Oktober.

Chinas Machthaber Xi Jinping wies die Nationale Volksarmee kurz vor dem hundertsten Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei an, sich auf Krieg vorzubereiten.

Pekings Rhetorik gegenüber dem freien Taiwan wird dabei seit längerer Zeit immer aggressiver. Ist es wohl bekannt, dass Kontinentalchina die im Zuge des Bürgerkrieges und der Flucht Chiang Kai-sheks und seiner Kuomintang-Anhänger nach Taiwan abgespaltene Insel niemals als souveränen Staat anerkannt hat und bis heute als „abtrünnige Provinz“ betrachtet, die eines Tages nötigenfalls mit militärischer Gewalt einverleibt werden soll.

Angesichts der gewaltigen militärischen Überlegenheit, die China bereits heute hat, könnte es das tatsächlich tun, wenn niemand von außen Taiwan beisteht.

Es wirkt, als habe Russland Peking in dieser Angelegenheit praktisch einen Blankoscheck ausgestellt. Außenminister Sergej Lawrow sagte der Nachrichtenagentur Interfax dazu, dass Russland Taiwan als Teil der Volksrepublik China betrachtet. (Was sachlich falsch ist. Taiwan war in der Tat einst Teil des Kaiserreiches China und der Republik China (genau genommen ist Taiwan ja nichts anderes als der „Restbestand“ der Republik China, der nach dem Bürgerkrieg und dem Sieg der Kommunisten übrig blieb), aber Taiwan war nie Teil der von Mao Zedong begründeten Volksrepublik China.)

Es steht zu befürchten, dass Moskau sich im Falle eines chinesischen Übergriffs entweder untätig verhalten oder diesen gar in irgendeiner Form unterstützen würde.

Diesen Akteuren muss aus einer Position der Stärke heraus begegnet werden – nicht um es eskalieren zu lassen, sondern gerade um durch die Demonstration von Stärke Aggressionen abzuschrecken und Krieg zu verhindern. Sowohl in Osteuropa als auch in Ostasien.

Wenn der Westen sich jetzt nachgiebig und weich zeigt, steht zu befürchten, dass Peking und Moskau diese Haltung als Freibrief bewerten würden, weiter so zu verfahren, wie es ihnen beliebt.

Der von US-Präsident Joe Biden in absolut desaströser und blamabler Weise durchgeführte Abzug aus Afghanistan ist in Moskau und Peking sehr wohl registriert worden. Die Global Times, die gemeinhin als ein Sprachrohr der Kommunistischen Partei Chinas gilt, publizierte eine Warnung (oder eine Drohung?) an die Adresse Taiwans und riet ihm, sich klar zu machen, dass Amerika kein verlässlicher Verbündeter sei.

Bidens Politik droht Aggressionen zu ermuntern. So erwirbt man keinen Respekt. Und wer nicht respektiert wird, kann auch in dieser Situation nicht den Frieden sichern.

Angesichts der in globalem Maßstab zunehmenden Spannungen kommen wir also noch einmal auf die Ukraine zurück.

Wäre ein NATO-Beitritt der Ukraine – selbst wenn er von den Ukrainern selbst gewollt sein sollte – der einzige Weg? Würde er die Gefahr einer Eskalation steigern? Und wenn ja, wäre es das wirklich wert, den Frieden aufs Spiel zu setzen, oder gäbe es eine andere Lösung, die trotzdem Krieg verhindert und verhindert, dass die Ukraine zum Spielball oder gar zur Provinz Russlands wird? Wäre es ein gangbarer Weg, die Ukraine als neutrale Pufferzone zu belassen oder wäre dies nicht möglich?

Die offene Debatte jedenfalls sollte schleunigst geführt werden, denn die Situation ist nun wirklich gefährlich geworden.

An den Ausbruch eines großen Krieges glaube ich zwar nicht, weil sowohl die NATO als auch Russland atomar gerüstet sind und beide Seiten wissen müssen, worauf eine totale Eskalation des Konflikts hinaus laufen kann. Vorstellbar scheint mir jedoch eine Art Stellvertreterkrieg, der auf ukrainischem Boden ausgetragen würde und furchtbare Verheerungen im Land selbst und darüber hinaus anrichten würde.

*) **Adrian Lauber** war viele Jahre einer der erfolgreichsten Blogger, auch bei *conservo*. Seit dem Jahre 2019 legte er eine berufsbedingte Pause ein. Wir freuen uns, daß er jetzt wieder für uns schreibt. (P.H.)

Den vorstehenden Beitrag schrieb Lauber vor dem Kriegsbeginn Russlands gegen die Ukraine. Hier folgt sein Beitrag nach Eröffnung der Kriegshandlungen. Lauber schrieb am 2.3.2022:

Stärke ist notwendig, um Aggressionen abzuschrecken

Von Adrian Lauber

Die westliche Allianz hat richtiger Weise begriffen, dass sie ihre Verteidigungsfähigkeit schnellstmöglich wiederherstellen muss. Nicht um Krieg anzufangen, sondern um eben diesen zu verhindern. Es braucht keine feministische, sondern realistische Außenpolitik. Zum Realismus gehört die Erkenntnis, dass Stärke notwendig ist, um Aggressionen abzuschrecken.

Putin hat vor aller Welt demonstriert, wie weit er zu gehen bereit ist und wie wenig ihm die Souveränität eines Landes und die Leben von dessen Bürgern bedeuten, wenn er es als einen Teil seiner Einflussphäre ansieht, über die er verfügen zu können glaubt.

In der jüngsten Vergangenheit gab es immer wieder Äußerungen des Kreml-Herrn, die in Kombination mit der Aufrüstung der russischen Armee und seinem Überfall auf die Ukraine auch dem Rest Osteuropas Sorgen machen müssen.

2005 bezeichnete Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion als ein geopolitisches Desaster.

2018 antwortete er auf einer Versammlung seiner Anhänger in Kaliningrad auf die Frage, welches Ereignis der russischen Geschichte er rückgängig machen würde, wenn er könnte: „Den Zusammenbruch der Sowjetunion.“

<https://www.reuters.com/article/us-russia-election-putin-idUSKCN1GE2TF>

Und noch im Dezember 2021 wehklagte er, der Kollaps der Sowjetunion sei ein Auseinanderbrechen bzw. eine Desintegration des „historischen Russland“ gewesen.

<https://www.rferl.org/a/putin-historical-russia-soviet-breakup-ukraine/31606186.html>

Solche Äußerungen in Kombination mit vom Kreml und ihm treuer Medien ausgehender, in Russland populärer Kriegspropaganda sowie der zunehmenden außenpolitischen Aggressivität werfen die Frage auf, was der Herr des Kremls eigentlich konkret vorhat? Wie weit gehen seine imperialen Machtansprüche?

<https://www.youtube.com/watch?v=AR7eMWM9wkQ>

<https://www.youtube.com/watch?v=7kpd74vcmUo>

<https://www.youtube.com/watch?v=rE0MrvC0FTE>

https://www.youtube.com/watch?v=jkPFIgBPR_w

Wir können nicht seine Gedanken lesen, aber seine Worte und Taten geben Anlass dazu, die Verteidigungsfähigkeit der NATO sicherzustellen und den Kreml vor Übergriffen auf andere Länder, die früher einmal Teil des Russischen Reiches waren, aber heute ganz sicher nicht mehr dazu gehören wollen, abzuschrecken.

Putin hat erst mit Worten, dann mit Taten gezeigt, dass er der Ukraine ihr Recht auf Eigenstaatlichkeit und Selbstbestimmung schlichtweg abspricht, weil sie einmal zum „historischen Russland“, zum zaristischen Russland und zur Sowjetunion, gehört hat. Nun will er sich mit Gewalt nehmen, von dem er glaubt, dass es ihm zusteht. Gegen das Völkerrecht und gegen den schon 1991 erklärten und heute wieder demonstrierten Willen der Ukrainer.

Wie wird es nun weiter gehen?

Kann die Ukraine den Krieg gegen eine solche Übermacht gewinnen? Oder würde sie in einem Partisanenkrieg ausgeblutet werden?

Wahrscheinlich wird die Ukraine den Krieg nicht in der seit 1991 bestehenden Form überdauern. Es werden sich Teile des Ostens, mindestens Donezk und Lugansk, abspalten. (Das war im Abkommen von Minsk ja eigentlich schon vereinbart, aber Moskau hat dieses Abkommen unterlaufen und schließlich durch seine Aggression buchstäblich auf den Müll geworfen.) Man mag die Legitimität dieses Vorgangs bestreiten, man mag ihn als völkerrechtswidrig einstufen, das mag auch alles stimmen, aber es ist leider so, dass Moskau gemeinsam mit den Separatisten dort bereits Fakten geschaffen hat, die sich jetzt nur noch gewaltsam würden ändern lassen.

Aber die enorme Entschlossenheit und Kraft, mit der die Ukrainer, auch sehr viele russischsprachige Ukrainer, ihr Land gemeinsam gegen die Invasion verteidigen, zeigt, dass das Land doch einen sehr viel stärkeren Zusammenhalt hat als viele geglaubt haben. Putin

könnte – auch wenn er das sicher nicht beabsichtigt hat – für Einigkeit und Einigung der ukrainischen Nation mehr getan haben als die meisten ukrainischen Politiker.

Doch selbst die große Entschlossenheit der Ukrainer ändert nichts an den harten außenpolitischen Realitäten. Und zu diesen Realitäten gehört ein geopolitischer Machtkampf, der voller Augen ausgetragen wird.

Es war absehbar, dass Putin eine Wendung der Ukraine nach Westen schon aus seinem geostrategischen Kalkül heraus nicht hinnehmen würde, wobei er jetzt auch noch deutlich gemacht hat, dass er noch viel weiter geht, dass er den Ukrainern ein Recht auf Selbstbestimmung überhaupt nicht zuerkennt. Für Putin gehört die Ukraine zu Russland, zum Russischen Imperium, daran besteht inzwischen kein Zweifel mehr. Seine Worte und seine Taten sind deutlich genug.

Es ist brutal und ungerecht, aber es ist die Realität imperialistischer Machtpolitik.

Falls Putin allen Ernstes vorhat, sich in einen womöglich lange dauernden blutigen Partisanenkrieg zu verstricken, wird wohl ein schwer ausgeblutetes Land übrig bleiben, das dann entweder in die komplette Entmilitarisierung und Abhängigkeit oder sogar in weiten Teilen (den Landesteilen, die die Ukrainer nicht halten können) zum Anschluss an die Russische Föderation gezwungen wird.

Sofern es den Ukrainern nicht gelingt, die Invasoren abzuwehren.

Sollte Putin einen Abnutzungskrieg führen wollen und diesen gewinnen, wäre es zwar kurzfristig für ihn ein Sieg, aber möglicher Weise werden die innenpolitischen Konsequenzen eines im Grunde perspektivlosen, sinnlosen, Menschenleben vernichtenden und Ressourcen verschlingenden Krieges, der im Inneren Russlands offensichtlich nicht annähernd so populär ist wie 2014 die Annexion der Krim, für ihn fatal.

In 53 Städten Russlands kam es nach Beginn der Invasion zu Demonstrationen gegen den Krieg, die Regierung ging gewaltsam gegen die Demonstranten vor und ließ mindestens 1.700 von ihnen verhaften.

<https://www.theguardian.com/world/2022/feb/24/we-dont-want-this-russians-react-to-the-ukraine-invasion>

Viele Russen verstehen nicht, was dieser Krieg soll. Sie wollen ihn nicht. Sie haben genug andere Probleme im eigenen Land.

<https://www.youtube.com/watch?v=VG0ci71Pg0w>

(Wobei genau darin schon eine mögliche Antwort darauf liegen könnte, was der Krieg soll. Es wäre nicht das erste Mal, dass Putin aggressive Machtentfaltung benutzt, um von den Krisen und Problemen im eigenen Land abzulenken.)

Wäre jetzt noch eine Verhandlungslösung möglich, die beispielsweise zu einem neutralen Status der Ukraine führen würde? Ich weiß es nicht. Falls nein, wird dieser Krieg blutig und bitter weiter geführt werden, bis die Ukraine keine Kraft mehr hat, Widerstand zu leisten. Auf die UNO braucht hier niemand zu hoffen, sie hat seit ihrer Gründung keinen Krieg verhindern können, zumal sie auch nicht die Machtmittel dazu hat. Diese hat im Zweifel nur ein Mitgliedsstaat der UNO, der militärisch mächtig genug ist, sich gegen andere durchzusetzen.

Zudem stellt sich die Frage, ob Wladimir Putin überhaupt jetzt noch zurück kann oder ob sowohl die politischen Verhältnisse in Russland als auch seine Persönlichkeitsstruktur für ihn jetzt nur noch einen Weg offen lassen: bis zum Sieg oder bis zur Niederlage den Krieg weiter zu führen?

Sich jetzt nach dem Scheitern seiner Blitzoffensive plötzlich zurückziehen und zu Hause erklären zu müssen, dass alles ein Irrtum war, dass die vorgetragenen Begründungen für den Krieg nicht stimmten, dass man die militärische Stärke des Gegners falsch eingeschätzt hätte, wäre für ihn unmöglich ohne Gesichtsverlust im eigenen Land, der möglicher Weise sogar seinen Sturz bedeuten könnte.

Nach seinen bisherigen kriegerischen Unternehmungen in Tschetschenien, Georgien, auf der Krim und in der Ost-Ukraine konnte er sich zu Hause als Sieger präsentieren, der Russlands Macht und Größe gemehrt und seinen Zusammenhalt gestärkt hat. Aber seine Truppen von Kiew und Charkiw wieder abzuziehen, wie sollte er das der Öffentlichkeit als Sieg verkaufen?

Und mir scheint, Putin ist ein Mann, der den absoluten Sieg will, also auch die Eroberung Kiews, darauf folgend den Sturz der Regierung von Wolodymyr Zelensky und ihre Ersetzung durch eine russische Marionette und / oder die vollständige Entmilitarisierung der Ukraine, was in der Konsequenz wohl darauf hinauslaufen würde, dass die Ukraine de facto unter russischer Oberhoheit verbleiben würde, dass Russland jederzeit widerstandslos wieder einmarschieren könnte, sobald das Nachbarland sich politisch nicht wohlgefällig verhält.

Wenn Putin solche Maximalziele verfolgt und dabei bleibt (und dafür spricht, dass er deutlich gemacht hat, dass er der Ukraine keine eigene Staatlichkeit zuerkennt), wird er vermutlich keinerlei Interesse an ernst gemeinten Verhandlungen zeigen.

Am Ende stünde womöglich wirklich eine gewaltsame Teilung der Ukraine in einen von Russland besetzten oder von Russland abhängig gemachten Teil und in einen westlichen Teil, der sich der westlichen Allianz anschließt.

<https://www.rnd.de/politik/krieg-in-der-ukraine-experte-sieht-land-fuer-westen-verloren-nuklearkrieg-nicht-ausgeschlossen-3BM4XEPXMND33OSZ3RHAAWGNF4.html>

Mir wäre es am liebsten, die Ukraine könnte absolut frei entscheiden, was sie will. Die Bilder aus der Ukraine gehen mir so nahe wie vermutlich den allermeisten, die sie sehen. Ich bewundere die Tapferkeit und den Kampfesmut dieser Menschen. Ich wünschte, diese Leute, die für ihre Selbstbestimmung kämpfen, hätten auch die Möglichkeit, absolut frei – ohne jegliche Einmischung, auch ohne russische Einmischung – zu entscheiden, was sie für sich und ihr Land wollen.

Aber ich muss unterscheiden zwischen dem, was mir persönlich wünschenswert erscheint, und dem, was real ist.

Leider ist die Welt der Realpolitik grausam und ungerecht und immer wieder sind kleinere Länder Spielball der Interessen der größeren und mächtigeren.

Nach Lage der Dinge ist es leider eine realistische Möglichkeit, dass die Ukraine in ihren Entscheidungen nicht frei sein wird.

Putin hat noch nicht all seine militärischen Kräfte mobilisiert. Wir wissen nicht mit Sicherheit, wie viele Schläge die Ukrainer werden abwehren können.

Es muss in diesem Konflikt noch etwas sehr Grundsätzliches klargestellt werden. Nämlich, dass Polen, die baltischen und andere Staaten nicht in die NATO gezwungen wurden, sondern freiwillig weg wollten aus der russischen Einflussosphäre nach jahrzehntelanger Erfahrung mit sowjetischer Diktatur.

Zumal nationalistische Politiker und Militärs in Russland immer wieder damit kokettiert haben, dass man die verlorenen Länder, die einmal zum Russischen Reich bzw. zur Sowjetunion gehörten, eines Tages wieder zurückerobern könnte.

Es ist nicht der Fehler des Westens, dass Freiheit für viele Menschen nun mal deutlich attraktiver ist als eine sowjetische Diktatur bzw. eine mafiöse Oligarchie, welche Russland heute unter Putins Führung ist.

Die NATO muss stark genug sein, ihre östlichen Mitglieder zu sichern. Sie muss verteidigungsfähig sein und Moskau klar aufzeigen, wo die rote Linie ist, die nicht überschritten werden darf.

Ein normales Verhältnis des Westens zu Russland wird auf Jahre, schlimmstenfalls auf Jahrzehnte hinaus nicht geben können. Dafür ist zu viel Vertrauen buchstäblich zerschossen, zerbombt und überrollt worden. Selbst Leute, die bislang trotz der mafiösen und autokratischen Verhältnisse in Russland bisher Verständnis für manche Außenpolitik Putins geäußert haben, wenden sich nun reihenweise von ihm ab. Völlig zu Recht.

Ich selbst muss sagen: mea maxima culpa, ich habe die Lage zu lange nicht richtig eingeschätzt. Ich habe den Kreml-Herrn für rationaler gehalten, als er ist. Aber inzwischen gibt es neben dem rationalen Machtkalkül offenbar auch ein irrationales Moment in seinem Denken, vielleicht das Ergebnis einer so langen Zeit an der Spitze eines autokratischen Systems. Putin wirkt bei seinen Auftritten in jüngster Zeit arrogant, verbittert und aggressiv. Es sieht so aus, als ob er inzwischen von seiner eigenen Macht berauscht ist, sich und Russland überschätzt, glaubt, dass ihm keiner etwas kann (und dabei nun in Kauf nimmt, wie Russland und seiner Ökonomie enormer Schaden zugefügt wird) und zudem noch angefangen hat, die eigene Propaganda zu glauben. Es sieht so aus, als hätte er all das selbst geglaubt, womit er den Überfall auf die Ukraine begründet hat.

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/spahns-spitzwege/verkalkuliert-putin-die-banderas-und-das-faschistische-volk/>

<https://www.youtube.com/watch?v=yDUGmnhxPrY>

Der Westen wird sich jetzt neu einrichten müssen durch anderweitige Sicherung seiner Energieversorgung und durch Wiederaufbau seiner Verteidigungskapazitäten.

Der Politikwissenschaftler Johannes Varwick sagt dazu: „Wir werden jetzt eine Eiszeit erleben, die Monate dauern wird. Es bleibt zu hoffen, dass es bald wieder Bedarf geben wird, mit Russland Verhandlungen zu führen, zum Beispiel über Rüstungskontrolle oder unbeabsichtigte Eskalationen. Auch im Kalten Krieg hatten wir Kontakte mit der Sowjetunion pflegen müssen, obwohl uns dies nicht gefiel. Ein kompletter Abbruch der Beziehungen auf allen Ebenen hilft uns schließlich nicht weiter. Das ist keine Lösung. Russland ist eine Atommacht und das ist ein ernst zu nehmendes Eskalationsszenario. Wenn Putin mit seiner Strategie keinen Erfolg hat, wird es zu anderen Maßnahmen greifen und der letzte Schritt

wäre ein Nuklearkrieg. Wir müssen also diesen Krieg zu Ende denken und dürfen nicht in eine Dauereskalation mit Russland kommen.“

<https://www.rnd.de/politik/krieg-in-der-ukraine-experte-sieht-land-fuer-westen-verloren-nuklearkrieg-nicht-ausgeschlossen-3BM4XEPXMND33OSZ3RHAAWGNF4.html>

Eine gewisse Hoffnung liegt vielleicht darin, dass Putins Angriffskrieg im eigenen Land inzwischen auf erheblichen Widerstand stößt, dass der Krieg so ganz anders läuft, als er sich vorgestellt hat, dass er mehr Ressourcen verschlingt, ohne zu einem Sieg zu führen, dass die Russen in der Ukraine keineswegs als Befreier begrüßt, sondern als Invasoren bekämpft werden

Was möglicher Weise dazu führt, dass die Regierung Putins und seiner Clique spürbar geschwächt werden wird, zumal viele Menschen in Russland auch vor Kriegsausbruch unzufrieden waren, weil Putin zwar die Armee, nicht aber die Wirtschaft modernisiert hat. Es fehlt an Zukunftsperspektiven, es fehlt an Wohlstand, viele Menschen sind arm, Kriminalität grassiert und nationalistisches Auftrumpfen nach innen und außen kann eben nur zeitweise, aber nicht auf Dauer über diese drückenden Probleme des Alltags hinweg täuschen, die nur noch schlimmer werden, jetzt wo Putin mit seiner Aggression sein Land isoliert und dem Druck der Sanktionen aussetzt.

Es besteht die Möglichkeit, dass Putin, nach zwanzig Jahren an der Spitze eines autokratischen Systems berauscht von seiner eigenen Macht, sich seiner Sache zu sicher war und nun den entscheidenden Schritt zu weit gegangen ist, der in der Politik so oft so schwer zu berechnen ist. Vielleicht markiert dieser Schritt für ihn den Anfang vom Ende.

Aber kurzfristig wird sich im Inneren Russlands wohl nichts Grundsätzliches ändern, das wird mehr Zeit brauchen. Aber die Zeit arbeitet gegen Putin und seine Oligarchie.

Oder mit den Worten von Johannes Varwick: „Die Demokratie ist das überlegende Modell. Das Einzige, wo Russland stark ist, ist das Militär. Aber das russische Staatsmodell hat keine Anziehungskraft – niemand findet das sexy. Putin wird nicht gewinnen, aber wir brauchen einen langen Atem. Russland wird in den nächsten Monaten immer ärmer, ist politisch und wirtschaftlich isoliert und wird sich innenpolitisch radikalieren. Eines fernen Tages wird es in Russland Menschen geben, die all das infrage stellen und die Politik ändern. In 50 Jahren könnte es eine Demokratie in Russland geben. Aber unter Putin wird sich erst einmal gar nichts ändern.“

<https://www.rnd.de/politik/krieg-in-der-ukraine-experte-sieht-land-fuer-westen-verloren-nuklearkrieg-nicht-ausgeschlossen-3BM4XEPXMND33OSZ3RHAAWGNF4.html>

„Das C steht für die Würde aller Menschen“

Von Peter Helmes

Die aktuelle Debatte über das „C“ im Parteinamen „CDU“ ist gut und wichtig, sagt Andreas Rödder^{*)}. Er schlägt allerdings nicht vor, das „C“ abzuschaffen, sondern darüber nachzudenken, ob es noch zeitgemäß sei – und wenn ja, es reflektiert zu verwenden, statt es nur zu beschwören. Lesen Sie hier seinen Meinungsbeitrag.

„Wenn sich die Union zum C bekennt, dann sollte sie über Parteitagsrituale hinausgehen. Denn wenn sie es als vom christlichen Erbe inspirierte allgemeinpolitische Grundlage ernst nimmt, dann ist das C mehr als ein Wohlfühlfaktor. Dann entwickelt es Kanten, mit denen

sich die Union von einem Mainstream unterscheidet, dem sie sich zuletzt nach inzwischen allgemeiner Ansicht allzu unhinterfragt angepasst hat.

Das C steht für die Würde aller Menschen. Das markiert einen grundlegenden Unterschied sowohl zu völkischem Nationalismus als auch zu einem fundamentalistischen Islam. Das muss man dann in der politischen Diskussion klar vertreten – nach allen Seiten.

Nicht die Gleichheit der Ergebnisse ist das Ziel, sondern die Gleichheit der Würde ist die Grundlage, von der die Vorstellung der Gleichberechtigung ausgeht.

Das christliche Menschenbild besagt vielmehr, dass Menschen gleichwertig, aber unterschiedlich sind. Darin steckt ein Schlüssel für den Umgang mit Ungleichheit. Nicht die Gleichheit der Ergebnisse ist das Ziel, sondern die Gleichheit der Würde ist die Grundlage, von der die Vorstellung der Gleichberechtigung ausgeht.

Das Ergebnis von Gleichberechtigung ist Ungleichheit, die das C dann begrüßt, wenn sie auf fairen Voraussetzungen beruht. Das aber ist ein fundamentaler Unterschied zur Politik der ‚Gleichstellung‘. Das C geht von der Person und ihrer Entfaltung, nicht von Gruppenzugehörigkeiten aus – womit ein grundlegender Unterschied zu allenthalben vordringenden Identitätspolitik markiert ist.

Das gilt auch für die Überzeugung, dass der Mensch fehlbar ist. Er ist also nicht im Besitz einer absoluten Wahrheit – eine Grundhaltung, die nicht zuletzt in der klimapolitischen Debatte für mehr Umsicht sorgen könnte.

Und schließlich die so schwer auszusprechende Subsidiarität: Individuen und gesellschaftliche Gruppen sind zunächst für sich selbst verantwortlich, und nur dann, wenn sie das nicht bewältigen können, greift die Solidarität des Staates ein. Dieses Prinzip ist die gesellschaftspolitische DNA der Christdemokratie. Es ist der Wille zu dieser eigenständig christdemokratischen Balance zwischen Eigenverantwortung und Staatsintervention, der Arbeitnehmerbewegung und Mittelstandsvereinigung, Karl-Josef Laumann und Friedrich Merz in einer Partei vereint.

Das C hält sowohl Substanz als auch Unterscheidungskraft bereit. Eine Union, die sie selbst sein will, kann daraus zukunftsfähige politische Konzepte gewinnen, mit denen sie sich unterscheidet. Aber dazu muss sie ihr Erbe auch wirklich ernstnehmen.“

*) Andreas Rödder ist Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und gegenwärtig Helmut Schmidt Distinguished Visiting Professor an der Johns Hopkins Universität Washington. Er ist Mitglied der CDU und Leiter der 2021 gegründeten Denkfabrik Republik21. Neue bürgerliche Politik. (Quelle: <https://blog.cdu-rlp.de/2022/02/das-c-steht-fuer-die-wuerde-aller-menschen/>) 10.2.22

Innenministerin Nancy Faeser schreibt FÜR Linksextremisten, aber „GEGEN Rechts“
Von Peter Helmes

Nancy Faeser heißt die Frau, die immer, jeden Tag und jede Stunde, von der „Gefahr von rechts“ zu träumen scheint. Jedenfalls hat sie bei ihrem Amtsantritt als bundesdeutsche Innenministerin die Bekämpfung der „rechten Gefahr“ zur wichtigsten Aufgabe ihres Ministeriums erklärt. Ihr Kampfauftrag heißt offensichtlich: „Kampf gegen alle Andersdenkende“! Von Kampf für die Rechte unseres Grundgesetzes ist bei

ihr keine Rede. Sie steht offensichtlich ganz fest *neben dem Grundgesetz* – und nicht auf seinem Boden.

Und diese Frau hat der neue BuKa Olaf Scholz quasi aus dem Nichts hervorgezaubert, um - äh - die Verfassung – unser Grundgesetz – zu schützen. Da schließt sich sofort die Frage an, auf welchem Boden Olaf Scholz (SPD) und seine sich zunehmend radikalisierende SPD stehen. Die Auswahl seiner SPD-Minister spricht schließlich für sich.

Die Junge Freiheit schreibt dazu:

Nancy Faeser (SPD) steht ganz fest neben dem Grundgesetz und eben nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Ihre starken Verflechtungen in das linksextreme Milieu hat sie nie verheimlicht und auch ihre sehr guten Verbindungen zum radikal-islamischen Umfeld und deren Interessengruppen waren vor ihrer Benennung zur Bundesinnenministerin auch Olaf Scholz hinreichend bekannt (...)

Die stereotypen, tief verinnerlichten linksextremen Hasstiraden von Nancy Faeser gegen mündige und selbstbewusste Bürger und gegen alles, was nicht ihrem linksextremistischen Selbstverständnis entspricht, die es tatsächlich doch hier wagen, friedlich spazieren zu gehen, um sich so zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und diese Werte verteidigen wollen, entlarvt sie als das, was sie tatsächlich von Haus aus ist, eine linksextreme Politikerin, die in dem Amt als Bundesinnenministerin eine völlige Fehlbesetzung ist.

Diese aufrichtigen und zivilcouragierten Bürger als Staatsfeinde zu bezeichnen, ist nicht nur zutiefst unanständig, sondern wirklich staatsfeindlich und undemokratisch.

Diese Frau wird stets dazu neigen, ihre Machtposition und ihr Amt für ihre subversiven politischen Ziele zu missbrauchen.

Es ist schon sehr besorgniserregend, welche Konzentration wir mit der linksextremistischen Ampelkoalition an Verfassungsfeinden und Staatsgefährdern an den Schaltstellen der Macht haben.

Im Online-Archiv einer linksextremistischen Verbandszeitschrift schrieb Nancy Faeser einen Gastbeitrag, den die heutige Bundesinnenministerin im vergangenen Jahr noch als damalige SPD-Chefin von Hessen verfasste.

„Antifa heißt Angriff!“, lautet eine beliebte Parole der linksextremen Szene. Der Begriff ist die Kurzform von „Antifaschistische Aktion“. Anfang der 30er Jahre von der KPD ins Leben gerufen, steht die Antifa heutzutage vor allem für den gewaltbereiten und militanten Arm des Linksextremismus.

antifa ist aber auch der Name der Verbandszeitschrift der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, kurz VVN-BdA.

Bei der Gruppierung handelt es sich keineswegs nur um einen Verband von Opfern aus der NS-Zeit, sondern um eine linksradikale DKP-Vorfeldorganisation, die jahrelang von der SED mit Millionenzuwendungen unterstützt wurde, um dem Sozialismus auch in der Bundesrepublik zum Durchbruch zu verhelfen, [und die nach wie vor auch den Verfassungsschutz beschäftigt.](#)

Im November 2019 erkannte das Berliner Finanzamt für Körperschaften der VVN-BdA den Status der Gemeinnützigkeit ab. Es begründete den Schritt mit der Nennung der

Organisation als „bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“ im bayerischen Verfassungsschutzbericht.

Um so mehr überrascht es, daß sich im Online-Archiv der *antifa* ein Gastbeitrag von Nancy Faeser findet, den die heutige Bundesinnenministerin im vergangenen Jahr noch als damalige SPD-Chefin von Hessen verfasste.

Unter der Überschrift „NSU 2.0 aufgeklärt?“ berichtet Faeser von zwei Drohbriefen, die sie vom sogenannten NSU 2.0 erhalten habe, und erläutert, daß der „Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus, gegen Rassismus und völkische Ideologien“ zur „politischen DNA meiner Partei“ gehöre. Man müsse aufstehen „gegen rechtes Gedankengut, rechte Drohungen und rechte Gewalt“, fordert sie. Und zwar „jeden Tag und an jedem Ort“.

Kampf gegen die parlamentarische Demokratie

Bei Faesers Beteuerungen handelt es sich um die übliche Anti-Rechts-Rhetorik vom linken Rand der SPD, doch der Fall erhält eine gewisse Brisanz, da der bayerische Verfassungsschutz die VVN-BdA in seinem aktuellen Jahresbericht als „die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“ führt. Zudem bescheinigt ihr die Behörde, auch „mit offen linksextremistischen Kräften“ zusammenzuarbeiten. Die VVN-BdA vertrete einen Antifaschismus, der letztlich sogar die parlamentarische Demokratie als faschistisch betrachte und deshalb bekämpfe.

Auch der Verfassungsschutz Baden-Württemberg wies in der Vergangenheit immer wieder darauf hin, daß „der politische Kurs der VVN-BdA entscheidend von Funktionären geprägt“ werde, die „Linksextremisten beziehungsweise Mitglieder linksextremistischer Organisationen sind“.

Auf Grund der kommunistischen Ausrichtung der VVN hatte Faesers Partei bereits 1948 auf Initiative ihres damaligen Vorsitzenden Kurt Schumacher einen Unvereinbarkeitsbeschluß zwischen der Mitgliedschaft in der VVN und der SPD beschlossen, der erst 2010 aufgehoben wurde. Auch dieser Umstand hätte Faeser bei der Wahl ihres Publikationsortes zu denken geben können. Hat er aber offenbar nicht, und so ergibt sich nun die politisch ungewöhnliche Konstellation, daß eine amtierende Bundesinnenministerin nur rund ein halbes Jahr vor ihrer Ernennung für eine linksextremistische Publikation zur Feder griff.

Keine Stellungnahme des Ministeriums

Vielleicht wußte Faeser aber auch nicht, worum es sich bei der *antifa* handelte. Möglicherweise war ihr die politische Ausrichtung der VVN-BdA einfach unbekannt. Das spräche dann zwar weniger für ihre fachliche Kompetenz – schließlich untersteht ihr als Innenministerin auch der Verfassungsschutz – aber es würde dem Fall einen Teil der Brisanz nehmen. Naivität wiegt schließlich weniger schwer als Überzeugung.

Ob dem so ist, kann nur Faeser beantworten. Das ist bislang jedoch nicht geschehen. Eine entsprechende Anfrage der JUNGEN FREIHEIT bei der Pressestelle des Bundesinnenministeriums blieb bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ohne Reaktion.

Die AfD dagegen sieht die Angelegenheit weniger entspannt. „Nur wenige Monate vor ihrer Ernennung zur Bundesinnenministerin hat Nancy Faeser mit dieser Veröffentlichung ihre Nähe zum Antifa-Milieu demonstriert. Wie die linksextremistisch beeinflussten Herausgeber des Magazins diffamiert sie in kommunistischer Manier alle Positionen als faschistisch oder

rechtsextremistisch, die vom linken Rand des politischen Spektrums abweichen“, sagte der Innenexperte Martin Hess der JF.

Wer eine solche Affinität zu Antifa-Gruppierungen aufweise, sei als oberste Dienstherrin von Bundeskriminalamt, Bundespolizei und Bundesamt für Verfassungsschutz denkbar ungeeignet und „definitiv untragbar“, kritisierte der frühere Dozent an der Hochschule für Polizei in Baden-Württemberg. *)Quelle: *Original im Online-Auftritt der Jungen Freiheit*

Die drei wichtigsten medizinischen Fakten gegen die Impfpflicht

Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Medizin sollen Menschen gezwungen werden, sich ein Medikament, welches weder in seinen Wirkungen noch in seinen Nebenwirkungen ausreichend untersucht wurde, verabreichen zu lassen.

Kürzlich veröffentlichte Untersuchungen von Pathologen und Immunologen haben nun wahrlich erschreckende Befunde über Wirkungsweise und Nebenwirkungen der sog. Corona-RNA-Impfungen ergeben. Sie stehen in eindeutigem Widerspruch zu den Versprechungen von Politikern und industrie-gesponserten Wissenschaftlern.

Hier die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

1. Die Ansteckungsgefahr mit SARS-COV 2 durch Geimpfte wie Ungeimpfte ist absolut identisch. Der verfassungswidrige Ausschluss Ungeimpfter vom sozialen Leben ist durch kein Argument zu rechtfertigen. (Beleg: [https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099\(21\)00768-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099(21)00768-4/fulltext) .)

Das RKI hat diesbezüglich inzwischen seine Informationen auf der Internetseite still und heimlich verändert:

2. Sowohl der gentechnisch hergestellte RNA-Impfstoff als auch die über diesen hergestellten Virusbestandteile (Spike-Proteine) überleben wesentlich länger im Körper, als uns von Herstellern und der Politik weisgemacht wird. Es existieren nun unwiderlegbare pathologisch-anatomische Befunde, welche diese Substanzen bis zu mehreren Monaten in den Lymphknoten, Blutgefäßen und einer Vielzahl von Organen nachweisen konnten. Die jetzt nachgewiesenen pathologischen Befunde von an der Impfung Verstorbenen weisen auf mögliche chronische, durch die Impfung verursachte, Organschäden hin. (Belege: <https://www.pathologie-konferenz.de/> und [https://www.cell.com/cell/fulltext/S0092-8674\(22\)00076-9?_returnURL=https%3A%2F%2Flinkinghub.elsevier.com%2Fretrieve%2Fpii%2FS0092867422000769%3Fhwall%3Dtrue](https://www.cell.com/cell/fulltext/S0092-8674(22)00076-9?_returnURL=https%3A%2F%2Flinkinghub.elsevier.com%2Fretrieve%2Fpii%2FS0092867422000769%3Fhwall%3Dtrue))

3. Die wohl erschreckendste Nachricht erreichte uns Anfang März 2022: Das durch die RNA-Impfung in die Zelle eingebrachte „Rezept“ (RNA) zur Herstellung von Virusbestandteilen wird innerhalb der Zelle in DNA umgeschrieben. Die Möglichkeit besteht, dass diese DNA in das menschliche Erbgut eingebaut werden kann und so zu dauerhaften, vererbaren Veränderungen des menschlichen Genoms führt. Die massive Erhöhung des Auftretens bestimmter Krebs-Arten ist ein Indiz dafür, dass dies tatsächlich geschieht. (Beleg: <https://sciprofiles.com/publication/view/b24eb077d839b08d06f0cb2758781718>)

Wir stehen nun in der ersten Frontlinie gegen den Angriff auf unsere körperliche Unversehrtheit und die unserer Kinder. Wenn wir uns jetzt nicht gegen diese rein macht- und wirtschaftspolitischen Erwägungen entsprungene Vergewaltigung unserer Gesundheit wehren,

ist das letzte Bollwerk gegen die allgemeine Impfpflicht, über die bereits im März dieses Jahres entschieden wird, gefallen.

Selbstverständlich gibt es noch zahlreiche weitere Argumente gegen die Impfpflicht, sowohl im medizinischen, besonders aber auch im epidemiologischen, ethischen und v.a. auch im juristischen Bereich.

Der Text stammt von der Vereinigung der „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie“ (MWGFD e.V.).

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,
das mag für heute genügen.*

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Nächsten einen nicht zu kalten Winterausklang, einen
schönen Übergang in den Frühling, zudem den Schutz Gottes und, wie stets an dieser
Stelle, uns allen eine bessere Politik.*

*Mit herzlichen Grüßen und bestem Dank für Ihre Treue,
Ihr
Peter Helmes*

Hamburg, 15. März 2022

BITTE BEACHTEN SIE DIE FOLGENDEN HINWEISE:

6. AUFLAGE!

„DIE KLEINE UNKORREKTE ISLAM-BIBEL“



Peter Helmes

Die kleine unkorrekte Islam-Bibel

Tötet die
Ungläubigen!



...auch nach Auslieferung der 6. Auflage – die Bestellungen hören nicht auf.

Das ist ein wichtiger Indikator für das große Interesse, das das Thema Islam findet. Wer die „Islam-Bibel“ von Peter Helmes gelesen hat, ist für jede Diskussion gerüstet.

Kostenlose Bestellung: Die Deutschen Konservativen e.V., Beethovenstr. 60, 22083 Hamburg, Tel. 040 / 299 44 01, Fax 040 / 299 44 60, email: info@konservative.de
